

Cüber der Wolfsbote

Organ für die Interessen der werktägigen Bevölkerung

Der „Cüber der Wolfsbote“ erscheint täglich nachmittags (außer am Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeiträge „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.00 M., monatlich 70 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telegraphen Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaarte Pauschale oder deren Raum 20 Pf. Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 30 Pf. — Insätze für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 298.

Dienstag, den 21. Dezember 1915.

22. Jahrg.

Verblendung.

Wir haben seit Beginn des Weltkrieges leider oft genug Gelegenheit gehabt, wo sich die Entschlossenheit sozialistischer Demokraten, die Unabhängigkeit ihres Landes zu verteidigen, dem nationalistischen Wahnsinn bedenklich näherte. Dass wir solcher Verwirrung auch bei französischen Sozialisten begegneten, hat uns eigentlich nicht bestreitet und uns nicht davon abgehalten, gerade diesen Genossen besonders mitleidende Umstände zuzurechnen. Wie schwer auch die Schuld von Politikern wie Poincaré und Delcassé sein mag, die bei der Verschärfung der internationalen Beziehungen eine verhängnisvolle Rolle gespielt haben, sicher kann man sagen, dass es in keinem der heute im Kriege stehenden Länder einen solch bewussten Friedenswillen nicht nur in der Arbeiterklasse, sondern auch in den Massen des Bauerniums und der überwiegenden Mehrheit des Bürgertums gegeben hat wie in Frankreich. Rechne man dazu, dass das französische Volk im Vertrauen auf die demokratisch-republikanische Staatsform, die ihrem Wesen nach Frieden zu verbürgen schien, nicht leicht verscheinen konnte, dass die Republik auch nur ein Deckmantel war, worunter die Bourgeoisie ihre Machtziele in der inneren und äußeren Politik verfolgte, und sah man vor allem die ungeheure Errungung ins Auge, die die Invasion und die dauernde Okkupation eines großen Landesteils erregten und wachhalten mussten, wird man sowohl die Bereitwilligkeit verstehen, womit die französischen Sozialisten die Selbständigkeit ihres Handelns an die „heilige Einigkeit“ hingaben, wie das Misstrauen, das sie auf die Sozialisten der Zentralmächte ausdeuteten. Indes ist leider eine nur allzu lange Zeit verlaufen, während deren das fruchtbare Gemeinde weiterging und man in allen Ländern die Selbstbestimmung der sozialistischen Parteien erwarten durfte. Manche Aufzehrung kam in der Tat aus Frankreich, die auf eine ruhigere, gerechte, mehr vom Geiste des Sozialismus erfüllte Auffassung zu deuten schien. Für diese schien auch die Entwicklung der Kriegsergebnisse zu arbeiten, die glänzend bestätigte, was Jaurès in seinem Buche über die „Neue Armee“ sehrlich verkündet hatte: nämlich dass die modernen großen Nationen durch den Aufruf aller ihrer Volksträume unbesiegbar werden.

Um so betrübender ist es, eine Rede zu lesen, wie sie der sozialistische Unterstaatssekretär des Munitionswesens Albert Thomas am 5. d. M. in Chambly gehalten hat. Erst jetzt, wo sie in der zusammenhängenden Wiedergabe der Pariser Blätter vorliegt, kann man den Abstand ermessen, der zwischen ihren Gedankengängen und dem liegt, was bisher als Ideenwelt und scheinbar unverlierbarer geistiger Bezug der sozialistischen Parteien aller Länder gegolten hat. Albert Thomas sprach am Denkmal der beim bekannten Ausfall der Pariser im Jahre 1870 Gefallenen. Der traditionelle Redner an dieser Stätte war Derouelle, nach seinem Tode war der nationalistische Snob Maurice Barres an seine Stelle getreten. Diesmal hatte der Sozialist Thomas das Wort, der Schüler Jaurès — aber man kann nicht sagen, dass sich seine Rede, abgesehen von einigen blassen Erinnerungen an seine früheren Ideale, von denen der Haupt der Patriotenliga sehr unterschieden habe. Thomas sagte unter anderem:

Keinen Frieden, bevor unser Lothringen und unser Elsaß endgültig in die französische Einheit zurückgeführt sind! Keinen Frieden, bevor unsere unglücklichen belgischen und serbischen Brüder nicht die Sicherheit haben, ihren Heid in voller Unabhängigkeit wiederzufinden. Keinen Frieden, bevor der deutsche Imperialismus und der preußische Militarismus unbedingt gemacht sind; keinen Frieden, bevor eine Herrschaft des Reiches, gegründet auf die siegreiche Einheit der Verbündeten, gestärkt durch den freien Beitritt der Neutralen, nicht für immer die Gewalttat des Krieges abgeschafft hat. Welches auch unsere Schmerzen, wie schwer auch unsere Opfer sein mögen, wie groß auch eines Tages unsere Müdigkeit sein mag, nicht wahr. Franzosen aller Parteien: Wir gehen bis ans Ende, bis ans Ende dieser Pflicht!

Sicherlich! Dieses herzliche Ziel — viele von uns hatten geträumt, es anders zu verwirklichen. Ja, wir haben geglaubt, dass das Recht durch den Triumph der Demokratie notwendig wiederhergestellt werden würde. Ja, wir haben geglaubt, dass die in den Dingen wohnende, eingeborene Gerechtigkeit eines Tages ihren Weg finden würde. Diese Hoffnung, mit wahren Sie in ihrer ganzen Größe stromm im Grunde unseres Herzens. Niemand von uns wird erröten, wenn er verkündet und am Vorabend des Krieges, gegenüber der Persifade der deutschen Machenschaften, den aufrichtigen Friedenswillen Frankreichs kundgegeben zu haben. Niemand von uns wird auf das Verdienst verzichten, so für alle Zeiten in den Augen der Welt die Sache Frankreichs und die des Rechtes verknüpft zu haben.

Heute aber, vor dem gräßlichen Hindernis, das sie aufhält, haben die Gerechtigkeit und Freiheit nur einen Weg — denjenigen, den die bewaffnete Nation ihnen mit der Mittailleuse und der Kanone öffnet.

Mitbürger und Freund! Die Aufgabe, die zu vollbringen bleibt, wird schwer und lang sein. Helfen wir einander, um sie durch unsere Eintracht zu fördern, durch unsere überlegte, starke, im Angesicht unserer Toten erneute Eintracht. Kein Gefühl des Grauens und nachtragender Verzweiflung, kein niedrigeres Vorurteil darf in diesen Stunden unsere Herzen berühren! Weihen wir uns alle züglichlos der Verteidigung des Landes!

unslosen Russen gezwungen, zurückzuweichen. Und eben erst hat er das unglückliche edle Serbien niedergetreten. Aber Deutschland ist unruhig. Es versucht, Friedensgedanken und Friedensangebote einzuschleichen zu lassen. Den Frieden anzubieten, heißt das nicht um Frieden bitten? Und im Laufe eines Kampfes, den man gewollt und von vornherein siegreich geglaubt hat, heißt das nicht für Deutschland, seine Unruhe und seine Befürchtungen eingestehen? . . .

Aber da der Sieg glänzend und schön sei, dass er alle Hoffnungen unserer Toten erfülle — Freunde, erlaubt mir, es zu sagen —, ist es notwendig, dass wir ihn mit einem entschlossenen und beständigen Herzen wollen. Nicht allein der unverstehliche Ansturm unserer Armeen sichert ihn uns, sondern der unermüdliche Willen der Nation, die totale Offensive unseres gesamten Volkes.

Wir wollen gern abziehen, was nun einmal bei derlei Kriegsfeierlichkeiten an übertriebenen Redensarten hergebracht ist, zumal in Frankreich, wo unter der Nachwirkung des jesuitisch-klassischen Unterrichts und der großen Revolution schien, nicht leicht verstehten könnte, dass die Republik auch nur ein Deckmantel war, worunter die Bourgeoisie ihre Machtziele in der inneren und äußeren Politik verfolgte, und sah man vor allem die ungeheure Errungung ins Auge, die die Invasion und die dauernde Okkupation eines großen Landesteils erregten und wachhalten mussten, wird man sowohl die Bereitwilligkeit verstehen, womit die französischen Sozialisten die Selbständigkeit ihres Handelns an die „heilige Einigkeit“ hingaben, wie das Misstrauen, das sie auf die Sozialisten der Zentralmächte ausdeuteten. Indes ist leider eine nur allzu lange Zeit verlaufen, während deren das fruchtbare Gemeinde weiterging und man in allen Ländern die Selbstbestimmung der sozialistischen Parteien erwarten durfte. Manche Aufzehrung kam in der Tat aus Frankreich, die auf eine ruhigere, gerechte, mehr vom Geiste des Sozialismus erfüllte Auffassung zu deuten schien. Für diese schien auch die Entwicklung der Kriegsergebnisse zu arbeiten, die glänzend bestätigte, was Jaurès in seinem Buche über die „Neue Armee“ sehrlich verkündet hatte: nämlich dass die modernen großen Nationen durch den Aufruf aller ihrer Volksträume unbesiegbar werden.

Um so betrübender ist es, eine Rede zu lesen, wie sie der sozialistische Unterstaatssekretär des Munitionswesens Albert Thomas am 5. d. M. in Chambly gehalten hat. Erst jetzt, wo sie in der zusammenhängenden Wiedergabe der Pariser Blätter vorliegt, kann man den Abstand ermessen, der zwischen ihren Gedankengängen und dem liegt, was bisher als Ideenwelt und scheinbar unverlierbarer geistiger Bezug der sozialistischen Parteien aller Länder gegolten hat. Albert Thomas sprach am Denkmal der beim bekannten Ausfall der Pariser im Jahre 1870 Gefallenen. Der traditionelle Redner an dieser Stätte war Derouelle, nach seinem Tode war der nationalistische Snob Maurice Barres an seine Stelle getreten. Diesmal hatte der Sozialist Thomas das Wort, der Schüler Jaurès — aber man kann nicht sagen, dass sich seine Rede, abgesehen von einigen blassen Erinnerungen an seine früheren Ideale, von denen der Haupt der Patriotenliga sehr unterschieden habe. Thomas sagte unter anderem:

Keinen Frieden, bevor unser Lothringen und unser Elsaß endgültig in die französische Einheit zurückgeführt sind! Keinen Frieden, bevor unsere unglücklichen belgischen und serbischen Brüder nicht die Sicherheit haben, ihren Heid in voller Unabhängigkeit wiederzufinden. Keinen Frieden, bevor der deutsche Imperialismus und der preußische Militarismus unbedingt gemacht sind; keinen Frieden, bevor eine Herrschaft des Reiches, gegründet auf die siegreiche Einheit der Verbündeten, gestärkt durch den freien Beitritt der Neutralen, nicht für immer die Gewalttat des Krieges abgeschafft hat. Welches auch unsere Schmerzen, wie schwer auch unsere Opfer sein mögen, wie groß auch eines Tages unsere Müdigkeit sein mag, nicht wahr. Franzosen aller Parteien: Wir gehen bis ans Ende, bis ans Ende dieser Pflicht!

Sicherlich! Dieses herzliche Ziel — viele von uns hatten geträumt, es anders zu verwirklichen. Ja, wir haben geglaubt, dass das Recht durch den Triumph der Demokratie notwendig wiederhergestellt werden würde. Ja, wir haben geglaubt, dass die in den Dingen wohnende, eingeborene Gerechtigkeit eines Tages ihren Weg finden würde. Diese Hoffnung, mit wahren Sie in ihrer ganzen Größe stromm im Grunde unseres Herzens. Niemand von uns wird erröten, wenn er verkündet und am Vorabend des Krieges, gegenüber der Persifade der deutschen Machenschaften, den aufrichtigen Friedenswillen Frankreichs kundgegeben zu haben. Niemand von uns wird auf das Verdienst verzichten, so für alle Zeiten in den Augen der Welt die Sache Frankreichs und die des Rechtes verknüpft zu haben.

Heute aber, vor dem gräßlichen Hindernis, das sie aufhält, haben die Gerechtigkeit und Freiheit nur einen Weg — denjenigen, den die bewaffnete Nation ihnen mit der Mittailleuse und der Kanone öffnet.

Mitbürger und Freund! Die Aufgabe, die zu vollbringen bleibt, wird schwer und lang sein. Helfen wir einander, um sie durch unsere Eintracht zu fördern, durch unsere überlegte, starke, im Angesicht unserer Toten erneute Eintracht. Kein Gefühl des Grauens und nachtragender Verzweiflung, kein niedrigeres Vorurteil darf in diesen Stunden unsere Herzen berühren! Weihen wir uns alle züglichlos der Verteidigung des Landes!

sozialistisch denkenden Proletariats umfasst und auch von kleinstadtlichen Elementen und bürgerlichen Intellektuellen stark durchsetzt ist.

Die erste Kriegssteuerdebatte.

Der Reichstag erledigte am Montag die beiden Vorlagen betreffend die Kriegsgewinnsteuer. Die eine enthält den Zwang für alle Erwerbsgesellschaften, die Hälfte der Mehrüberhöhung, die sie in den Kriegsjahren über den Durchschnitt der letzten Friedensjahre erzielten, in Reichs- oder Staatspapieren zur Sicherung der künftigen Kriegsgewinnsteuer anzulegen; die zweite Vorlage ist keine bloße Vorbereitungsmöglichkeit, sondern sie sieht bereits die Kriegsabgabe der Reichsbank fest und zwar auf drei Viertel des in den Kriegsjahren erzielten Mehrgewinns.

Über die erste Vorlage gab eine ausgedehnte Debatte statt, zu der eine eindrucksvolle Rede des Genossen Dr. Ovid den Anfang gab. Unser Redner trat dafür ein, dass die vorbereitende Maßnahme auch an die Einzelperioden erstreckt werden sollte, welchen Verlusten in Wirkung der ganze Reichsgewinnssatz begegneten war. Mit den treffendsten Gründen befürwortete David eine Resolution, die die Erhebung eines neuen Wehrbeitrags fordert, indem er nachwies, dass die Kriegsgefechter die Armen weit schwerer tragen als die Reichen, sodass ein Ausgleich mindestens durch die Weitererhebung des Wehrbeitrags eine Pflicht sozialer Gerechtigkeit sei. Über diese Frage der nächsten Zeit hinaus sprach David sehr eingehend über die Wirtschafts- und Steuerpoltik, die nach dem Kriege unerlässlich ist und er mahnte mit dem größten Ernst Reichstag und Regierung, nicht zu vergessen, dass Entlastung der wirtschaftlich Schwachen und Förderung ihres kulturellen Aufstiegs nach dem Kriege einfach Selbstbehauptungspflicht des Staates und des Volkes sein werde.

Der Reichssteuerausschuss Dr. Helfferich lehnte es ab, über die Zukunft zu sprechen; für jetzt lehnte er die Wiederholung des Wehrbeitrags ab und bemühte sich im übrigen nachzuweisen, dass das weitausgreifende System direkter Kriegssteuern, das man in England bereits zum Geieb werden ließ, seinen Zweck nicht erfüllte, da damit die Kriegskosten nicht zu decken seien. Diese Erwiderung ging an den Ausschüsse Davids etwas vorbei und Dr. Helfferich erkannte im weiteren Verlauf der Sitzung selbst an, dass England in weitem Umfang direkte Kriegssteuern eingeführt hat, nur dienten sie bloß zur Ergänzung der Kriegsanleihe — was aber doch ziemlich auch Kriegskosten decken heißt. Die zweite Rede Dr. Helfferichs war in der Hauptsache eine Antwort auf die Ausführungen des Genossen Hoch, der in der ersten Rede des Schatzkärrers eine beruhigende Erklärung darüber vermittelte, dass an einer Erhöhung oder Erweiterung der indirekten Steuern nicht gedacht werde. Dr. Helfferich erwiderte, dass gegenwärtig erst eine einzige Kriegssteuer eingeführt ist, und zwar die Kriegsgewinnsteuer, die eine scharfe Bestrafung sei. Er erklärte weiter, dass während des Krieges Deutschland seine indirekten Steuern selbstverständlich nicht erhöhen werde — man kann aber aus seinen Worten schwer heranschliessen, dass in dem Steuerprogramm der Reichssteuerleitung auch indirekte Steuern enthalten sind, denn er sprach sein Beitreten zu den deutlichen Arbeitern aus, dass sie, wie sie im Felde mitkämpfen, sich auch nachher derartigen Staatsnotwendigkeiten nicht entziehen würden.

Um übrigens breite sich die Debatte meistens um die Frage der Erfassung unlauterer oder übermäßigiger Kriegsgewinne, jedoch kam man hier zu keinem Ergebnis, da Staatssekretär Liseo ausführte, dass einer solchen Gesetzgebung zu große Schwierigkeiten im Wege ständen, während der Vertreterende Kriegsminister v. Wandell betonte, dass derartige Kriegsgewinne höchstens bei Kriegsbeginn und nur in geringem Umsang gemacht worden sein könnten. Schließlich wurde die Vorlage angenommen, unsere Resolution betreffend den neuen Wehrbeitrag von allen anderen Parteien abgelehnt.

Bei der Reichssteuervorlage verlangte Genosse Kell, dass der ganze Mehrgewinn der Reichsbankaktionäre im Kriege dem Reiche zuallen sollte, da die Friedensrente als mühselose Kapitalgewinne auch noch hoch genug sei. Dagegen wurde ein dahingehender Antrag unserer Genossen abgelehnt. Darauf vertrat sich der Reichstag auf Dienstag; der Nachtragsetat von 10 Milliarden Mark steht auf der Tagesordnung.

Bon den Kriegshaupläßen.

Die Entente ist um eine Hoffnung ärmer. Stolz und Siegesstroh ließ sie vor reichlich einem Jahre erhebliche Truppenmassen auf der Halbinsel Gallipoli landen, um die Türken zu vertreiben, nachdem die Osmanen und die

Einnahme Konstantinopels ins Herz zu treffen. Weihnachten vorigen Jahres wollten sie ihren Einzug in Konstantinopol holen. Und nun ist es anders gekommen. Bei Anaforta an der Suola-Bai und bei Ari Burnu gingen die Türken zum Angriff über und schlugen die Engländer vollständig in die Flucht. Bei Ari Burnu erreichten die Türken das Meer, so daß hier also der Boden vom Feinde gesäubert ist. Die englische Heeresleitung versucht die Flucht dadurch zu beschönigen, daß sie erklärt, sämtliche Truppen seien von der Suola-Bai und der Anzac-Zone, also an den beiden vorgenannten Orten, zurückgezogen und mit Erfolg nach einem anderen Kriegsschauplatz gebracht worden. Und im englischen Unterhause nahm man diese Mitteilung mit Beifall auf, nachdem Asquith bemerkte hatte, die Zurückhaltung sei infolge eines vor einiger Zeit getroffenen Beschlusses des Londoner Kabinetts geschehen. Um Ausreden ist man also nicht verlegen.

Dieser Verlauf der Dinge ist für die Engländer äußerst unangenehm. Nunmehr werden sie wohl kaum die Absicht haben, die Südspitze Gallipolis zu halten, und wenn sie das wirklich wollten, gelingen dürfte es ihnen nicht. In kurzer Zeit dürfte die Dardanellen-Aktion der Entente der Vergangenheit angehören; Menschen über Menschen sind hier geopfert worden. Und der Erfolg? Sang- und klänglos, in eiliger Flucht, müssen sie Gallipoli wieder verlassen. Ein böses Geschäft!

Wie von außerordentlicher Stelle mitgeteilt wird, sind vom Beginn des Krieges bis Ende November 1915 durch deutsche U-Boote, Minen usw. insgesamt 734 feindliche Fahrzeuge mit einem Tonnengehalt von 1 447 628 Tonnen versenkt worden. Hieron entfallen auf Verluste durch U-Boote 558 Fahrzeuge mit 1 079 402 Br.-R.-T. durch Minen 93 " 94 709 "

durch sonstige kriegerische Ereignisse verursacht

73 " 273 517 "

Von den versunkenen Fahrzeugen gehören 624 mit einem Tonnengehalt von 1 231 944 Tonnen der englischen Handelsflotte an. Das bedeutet einen Verlust von 5,9 % der gesamten englischen Handelsfahrtstonnage, immerhin also doch ein ganz anständlicher Verlust.

Burzen hat endlich die Erlaubnis erhalten, nach Petersburg zu kommen und dort zur Erledigung seiner Angelegenheiten 6 Wochen zu verbleiben. In Petersburg angekommen, empfing er einen Ausfragter der „Birzhewna Wedomost“, dem er u. a. folgende Ansichten mitteilte: „Ich höre, man redet von einem Separatfrieden zwischen Russland und Österreich-Ungarn. Meiner Meinung nach ist das unmöglich. Das wäre ungemeinlich und verbrecherisch! Trotz der Schrecknisse, die wir jetzt erleben, kann ich davon nicht glauben. Ein Separatfrieden würde für mich den Tod Englands bedeuten. Dabei lasse ich gänzlich außer Acht, was dieser Friede für dessen Befriediger bedeuten würde.... Unter den gegenwärtigen Bedingungen und angefeindet der gegebenen Situation wäre ein vorzeitiger Friede, d. h. vor der vollständigen Zerstörung des deutschen Militarismus, so glaube ich, bedeutsam mehr als bloß ein Fehler....“ — Der temperamentvolle Burzen bleibt sich in allen Lebenslagen gleich treu.... Wenn Sozialisten zu Chauvinisten werden, leben sie in allen Lagern den gleichen Hass, da ist Burzen gleich Henderken und Brillant gleich Handchen. Zu verwundern bleibt nur, daß dabei Männer, die doch etwas geleistet haben, über die leichtesten Gemeinschaften nie hinauskommen.

Im Jahre 1913 wurde dem belgischen Senator Lefèvre eine der Nobel-Preis für Friedensbestrebungen zuerteilt. Herr Lefèvre ist auch heute seiner Überzeugung treu geblieben, das beweist ein mutiger Brief, den er an Herrn Wilson geschrieben hat. Wir ersuchen aus den Ententeblättern den vollständigen Text nicht, aber wir erfahren aus ihrem Schreiben, daß das Schreiben Herrn Wilson auffordert, für einen anständigen Frieden zu einzutreten und die „Friedensziele“ der Viertertandsminister als Vertilgung aller Menschlichkeit bezeichnet werden. Wir berücksichtigen die Ausdrucksweise des belgischen Senators nicht; verläßt sich er mit ihr noch ziemlich einheimisch. Aber trotzdem ist sie nicht ohne Bedeutung, denn sie zeigt, daß nur persönlicher Mut dazu gehört, um das auszusprechen, was genau viele Millionen im anderen Lager empfinden und allein aus Furcht vor dem Soldatenkrieg des Nationalismus und Chauvinismus nicht auszusprechen wären!

Die Kriegslage.

Paris, 28. Dezember. Großes Kriegsbericht:

Russischer Kriegsschauplatz.

Keine besondere Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Zu den gegenwärtigen Erfolgen ist es im österreichischen und im Gebiet des Gol de Rose zu gezeigt, daß sie keinem Feind widersteht.

Griechischer Kriegsschauplatz.

Die Truppen des Generals von Rennen erkämpften die Rückgewinnung von Souda und der Sphacteria-Peloponnes von Griechenland und setzten nördlich von Souda. In den nächsten Tagen werden 2 Festungsstädte, 2 Festungen und 1200 Gewehre erobert.

Gegen Frankreich und Belgien.

Eine Verbilligung des belgischen Ministeriums erfolgte, indem Herr Goblet d'Alviella und Herr Hammetschek-Lodder den Befehl gegebenen zu tun waren, ohne Vorstellung zu erwarten. Der „Kampf“ legt dieser Einschätzung, die wir erst vorher gemacht hatten, bestätigte Bedeutung bei. Da mußte die belgische Räte der sozialdemokratischen und liberalen Partei zusammensetzen, um der Regierung zu entsagen.

Der Balkanfriede.

Wiederaufnahme der deutsch-bulgarischen Offensive.

Nach der „Köln. Sta.“ melden die „Sasler Nachrichten“: Berichte aus griechischer Quelle lassen die Wiederaufnahme der deutsch-bulgarischen Offensive gegen die Verbündeten in Saloniki vermuten. Während zu diesem Zwecke zwischen Griechenland und den Mittelmächten diplomatische Verhandlungen gepflogen werden, haben die Bulgaren, wie der Athener Mitarbeiter der „Morningpost“ aus sicherer Quelle erfahren haben will, ein neu ausgetriebenes 150 000 Mann starkes Heer bereit, um jederzeit ins Feld zu rücken.

Die Alliierten in Griechenland.

„Tribuna“ meldet aus Athen: Die Alliierten arbeiten mit äußerster Kraftanstrengung an der Herstellung einer neuen Verteidigungslinie auf der Halbinsel Chalkidike, mit Kassandra als Basis. Große Mengen Kriegsmaterial wurden dorthin geliefert. — Weitere wichtige Arbeiten werden zur Befestigung von Kofoia ausgeführt. Die Engländer fordern die vollständige Neumung von Anatolikia.

Pariser Nachrichten berügen: Nachdem für die von den Engländern besiegten griechischen Truppen eine britische Zivilverwaltung eingerichtet wurde, ist auch für das Gebiet von Sa'oniaki eine Zivilhoheit des englischen Gouvernements unbeschadet der griechischen Oberhoheit erklärt worden.

Im Hafen von Saloniaki sind etwa 30 Einheiten der Flotte der Entente zusammengezogen worden, um den Forderungen der Entente bei der griechischen Regierung Nachdruck zu verleihen.

Nach Athener Meldungen ist das Personal der Eisenbahn Saloniaki-Dolcan trotz des gegenteiligen Wunsches der Entente rein griechisch geblieben. Man sieht voraus, daß die Entente-Truppen, wenn sie die Kanäle überqueren, nicht schwunglos aufgeben, ihr Wasser gefüllt werden, umso mehr, als der Hafen von Saloniaki aus strategischen Gründen es den Entente-Truppen nicht ermöglicht, die Landarmee zu unterstützen. Außerdem könnte aber von den Saloniaki umgebenden Höhen die Flotte der Entente unter dreifaches Kreuzfeuer genommen werden.

Die Griechen im Fort Kara Burnu.

Obgleich die griechischen Truppen aus Saloniaki entfernt worden sind, behalten sie das das dortige Gebiet beherrschende Fort Kara Burnu am Eingang zum Hafen bei. Die Franzosen überzeugten schon zweimal den Wunsch, man möge ihnen dieses Fort übergeben. Griechenland antwortete indessen ablehnend.

Die griechischen Wahlen.

Moskauer Blätter melden aus Athen: Anscheinend erhielten die Anhänger Gunaris eine starke Mehrheit. In Athen und in Piräus gewannen sie 15 Sitze. In Athen und in einigen anderen Hauptzentren wurde die Aufforderung der Demokratischen Partei zur Stimmenthaltung befolgt. Auf dem Lande war die Stimmenthaltung nicht groß.

Vom serbischen Flüchtlingsstrom.

moskauer Blätter: Nur ein kleiner Teil der geflüchteten Serben erreichte Griechen-Makedonien. Während der Feind durch Ali-Serbien marschierte, zogen die meisten serbischen Männer nach dem Süden. Viele die Wege entlang, die nach Westen und Südwester führen. Die meisten Frauen und Kinder blieben zu Hause. Auf dem Umfelde sammelten sich 750 000 Flüchtlinge an. 250 000 befanden sich zu ergeben. Tausende sind auf der Flucht nach Albanien und Montenegro durch Hunger und Kälte umgekommen oder von Wölfen zerfressen worden. Tausende von Flüchtlingen, die bei der hatten, kehrten nach Albanien und Montenegro zurück, lediglich horchend von gefallenen Tieren.

Was ist der Kriegsfaß im Kilia-Kanal?

Aus Syrena wird gemeldet: Die Russen lassen im Kilia-Kanal bewaffnete Schiffe kreuzen, die die rumänischen Dampfer anstreben. — Der Kilia-Kanal bildet den nördlichen und bedeutendsten der drei Mündungsarme der Donau.

Der Seefriede.

Verluste Schiffe.

Der Mailänder „Secolo“ berichtet über die Angriffe der österreichisch-ungarischen Flotte in der Adria und sagt, daß die österreichisch-ungarische Torpedoboots- und zwei kleine Kreuzer vor Durazzo erschienen und von östlich liegenden italienischen Transportern und Segelschiffen, die dort lagen, verjagt wurden.

Ende des Kriegsstaatsvertrages.

Aus Krems wird gemeldet: Der österreichische Dampfer „Kriethus“ wurde aus der Reede von Krems nach Kopenhagen von dem U-Boot „D 7“ bemerkbar und angehalten. Das U-Boot schüttete die Bombe ab, die die Segel setzte. Das Kapitän des „Kriethus“ wurde an die Seite des U-Bootes getragen. Nach Befreiung der Schiffspapiere wurde dem Kapitän gestattet, seine Reise fortzusetzen. Aus Kristiania wird berichtet, daß das U-Boot am 17. d. M. ungefähr 1000 naut. Kristiania beobachtet wurde. Es fuhr in westlicher Richtung davon, nachdem es zwei unverwundbare Schüsse gegeben hatte. Bemerkenswert ist, daß „D 7“ ein englisches Kennzeichen hat.

Wie der Mailänder Kom. portant der „Frankfurter Zeitung“ zuerst erzählt, haben die Engländer in die letzten Zeilen die griechische Dampfer für die Dauer des Krieges ab zu halten. Diesen Befehl erhielt die Mutter des Schiffes am 15. d. M. und übertrug ihn dem Kapitän, der die 2. Welle unter griechischer Flagge in den Hafen wogte, um im Mittelmeer neu in den Nordsee betrieben zu können.

Die Kämpfe im Orient.

Kriegsbericht an den Dardanellen.

Der Kriegsbericht der Agentur Nitti an den Dardanellen weist: Seit Sonntag wird in allen Abschnitten der Front während gekämpft. Unsere Truppen begannen bei Anaforta und Ari Burnu mit dem offensiven Angriff. Der Feind reagierte, um die Angreifer zu erwidern, bei Gedilli Bahri einen Gegenangriff an, den unsre Truppen unter auser-

ordentlichen Verlusten für den Feind abschlugen. Unsere Truppen nahmen wichtige feindliche Stützpunkte bei Anaforta und Ari Burnu. Unser kräftiges Artilleriefeuer verursachte in den Reihen der Feinde schwere Verluste. Unsere braven Soldaten, die seit Monaten auf diese Offensive vorbereitet waren, zeigen bei ihren ungestümen Angriffen gegen die feindlichen Schüngengräben einen bewunderungswürdigen Schwung und Opferwilligkeit. In kurzer Zeit wird es bei Anaforta und Ari Burnu nur noch feindliche Leichen geben.

Eine weitere Meldung des Korrespondenten besagt: Wir schlugen den Feind bei Anaforta und Ari Burnu vollständig in die Flucht. Unsere Soldaten erreichten bei Ari Burnu das Meer. Die Seele ist unermesslich groß. Ein dichter Nebel gestattete dem Feinde zu entkommen, ohne eine große Anzahl von Gefangenen zurückzulassen.

Es wird aus London amtlich bekanntgegeben, daß sämtliche Truppen von der Suola-Bai und der Anzac-Zone mit Kanonen und Granaten mit Erfolg nach einem anderen Kriegsschauplatz gebracht wurden.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Neuer Konfliktstoff zwischen Deutschland und Amerika?

„Neuer“ meldet aus New York: Beamte des Justizdepartement verhafteten einen gewissen Paul König, ehemaliger Chef des Geheimdienstes der Hamburg-Amerika-Linie, und einen gewissen Richard Lyndecker. Beide sind beschuldigt, sich verschworen zu haben, die Brücke über den Welland-Kanal, zwischen dem Erie- und dem Ontario-See, in die Luft zu sprengen. Beide sollen eingestanden haben, sich nach dem anderen Ufer des Kanals begeben zu haben, aber ohne die kanadische Grenze zu überschreiten. Man erklärt, daß König seit Kriegsbeginn der Chef des deutschen Geheimdienstes in den Vereinigten Staaten gewesen sei. Er ist angeklagt, legt ihm unter dem Namen Stemmler von einem gewissen Gustav Stahl, der gegenwärtig wegen Meineides im Gefängnis sitzt, das Zeugnis erhalten zu haben, daß die „Lusitania“ Kanonen an Bord hatte. Man glaubt zu wissen, daß König und Lyndecker den Kanal durch Spione photographieren ließen und sich anschickten, ihn mit Nitroglycerin zu sprengen. Die gegen ihn angestrebte Klage behauptet auch, daß sie beabsichtigten, eine militärische Unternehmung in den Vereinigten Staaten zu beginnen. (Die „Frankl. Sta.“ gibt die Meldung des Kenterbüros mit dem Vorbehalt wieder, der gegenüber den von englischer Seite verbreiteten Nachrichten über angebliche Verschwörungen ganz anders am Platze ist.)

Wie Kewer weiter meldet, hat der Berliner Mitarbeiter der „New York Times“ einen drahtlosen Bericht gegeben, der als autoritäre Erklärung aufgefaßt werden könnte, in welcher die deutsche Regierung die Taten der Verschwörer missbilligt und sagt, daß sie nie irgend eine Tat unterstützt habe, an der Amerika Anstoß nehmen könnte.

Amerika will Recht behalten.

Die „Köln. Zeitung“ meldet aus Washington: Die zweite Note der hierigen an die Wiener Regierung gibt die Tatsachen an, die von Wien in verschiedenen Einzelheiten gewünscht wurden. Die amtlichen Mitteilungen des österreichisch-ungarischen Flottenkommandos wurden als genügende sachliche Unterlagen für die amerikanischen Forderungen angesehen. Dennoch steht fest, daß die Ancora torpediert wurde, während sich noch Fahrgäste an Bord befanden. Dieses Zugeständnis genüge und weitere Bestätigungen durch Überlebende seien unnötig. Hier gewinnt mehr und mehr der Eindruck Raum, daß ein Bruch mit den Vereinigten Staaten beabsichtigt ist. Eine grobe Überraschung ist das Verhalten Roosevelt, der fortgezogen gegen Deutschland hegte und sich nun entschuldigt und die Verantwortung Wilson in die Schuhe schiebt.

Politische Rundschau.

Schweiz.

Der Zürcher Polizeihauptmann Fischer gestorben. Der frühere Zürcher Polizeihauptmann Fischer ist gestorben. Fischer hat für die sozialdemokratische Partei insofern Bedeutung gewonnen, als unter seinem Polizeikommando in Zürich eine Reihe Spione enttarnt sind. Er war es, der im Jahre 1888 den Generalen Bebel und Singer amtliche Urkunden über die Tätigkeit der von dem damaligen preußischen Minister des Innern ausgehauenen Spione ausstellte, Urkunden, die, als sie im deutschen Reichstag vorgetragen wurden, das größte Aufsehen erregten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 21. Dezember.

Neues vom Hamster. Unser Solinger Parteidruck schreibt: Der Krieg hat manche neue Entdeckungen gebracht. Er hat auf vielen Gebieten unsere Einsicht vervielfältigt. Auch unsere Naturerkundung hat er in mancherlei Hinsicht vermehrt. Auf diesem Gebiete hat uns der Krieg unter anderem die Augen darüber geöffnet, wie mangelhaft wir bisher über das Leben des Hamsters, über seine Häufigkeit, über seine verschiedenen Arten und seine gemeingeschäftlichen Merkmale unterrichtet gewesen sind.

Die bald anderthalb Jahre Krieg haben uns einen Begriff darüber vermittelt, wie enorm der Hamster eine menschliche Gesellschaft, die nicht gerade im Überfluss lebte, schädigen kann. Die Naturgeschichte stellt uns bisher den Hamster als einen verhältnismäßig harmlosen Gelehrten vor, der in fruchtbaren Gestrüppen häuft von Getreide, Wurzeln, Kräutern, Obst sowie Mäusen, Eidechsen und Insekten lebt, im Winter seinen langen Schlaf hält und während dieses Winterschlafes die Menschheit still in Ruhe läßt.

Wie gründlich hat uns die Wissenschaft darin getäuscht! Insbesondere die Geschichte von dem Winter schlaf hat sich als ein schönes und romantisches Märchen erwiesen. Tatsächlich ist der Hamster zu seiner Zeit lebensfähiger als im Winter. Und auch im Winter ist er niemals gehärtiger, als wenn er mal irgend ein Reizmittel ansetzt, knapp zu werden. Darum steht ihm seit Januar tausend Ratten, um in den gehäuschten Gefäß' der begehrten Rahmung zu kommen. Tausendsfach ist das Fleisch seiner Schläuche, auf denen er die kostbare Ware in seinen Bau entführt. Mit ungahnter Geschicklichkeit faßt er seine Mitbewohner aus dem Warenmarkt. Während Hunderte mit wachen Augen vor dem Laden stehen, schlepp't er die letzten Reste der Ware fort und landet atendes in seinem Bau. Seine Kraft, seine Ausdauer, sein Sinn und Drachen bewegt sich um einen Punkt, wie füllt er im meinen Bau? Er ist leidenschaftlich bewegt,

bis zum Brunch. Über diese Leidenschaft findet ihren Ausdruck in der einen, den Hamster im Waschen und Schälen beschäftigen. Die Frage: Wie schleppe ich Waren ab?

Hamsters System ist unentwirrbar. Groß ist seine Verschlagenheit, seiner List sind viele. Nur ein Zug macht sich in seiner Wirklichkeit immer wieder bemerkbar: seiner Leidenschaft benachbart sich immer die Ware, nach der zu einer gegebenen Zeit die rechte Nachfrage ist. Die Sucht nach ihr erregt ihn, stößt ihn zu unerhörten Taten an. So haben wir nach der Verordnung der Höchstpreise für Butter und Fett eine Knappheit an diesen Produkten. Flugs erwacht in dem Hamster eine Leidenschaft für Butter und Schmalz. Die Sucht nach diesen Sachen rumorte in seinen Bauchtaschen und verlich seinen Augen einen teilsäsenden Schimmer. Lange litt es ihn nicht in seinem Bau. Bald schon war ihm auf seinen Beutezügen, von einer unfählichen Gier gepackt, ging es von Laden zu Laden. Als die Kriehe hereinbrach und jeder nur eine bestimmte Menge und auch nur in Läden Butter und Fett bekam, in denen er bekannt war, borgte sich der Hamster hinterlei Gestalten, in denen er die viel verlangte Ware an sich brachte. Hier kaufte er als das hämische Dienstmädchen, dort als Waschfrau, anderswo als Studentin. Schließlich wurde er brutal. Er verlangte in gewissen Geschäften Bevorzugung, indem er mit Entziehung der Kundlichkeit drohte. In vielen Fällen gelang es ihm, Geschäftleute ins Bochhorn zu fagen. Dabei hatte er ihnen schon einen Teil seiner Kundlichkeit entzogen, indem er bereits in einer Anzahl anderer Geschäfte gewesen war, dort mehrere Male Kleinigkeiten gekauft hatte, um dann in diesen Läden ebenfalls Schmalz und Butter zu erpressen!

Welche unheimliche suggestiv Gestalt die Hamster über manches nicht besonders neu instarre Geschäftsleute gewonnen haben, dafür wollen wir nur ein Beispiel anführen. Wir haben es uns angelegen sein lassen, den Hamster auf seinen verschüngten Pfaden zu verfolgen und haben dabei so manches Leichtreiche erfahren. Doch wir auf unseren Entdeckungsfahrtens List gegen List und Verhältnisgegenheit gegen Verschlagtheit austrompeln mußten, wird man uns im Allgemeintreue zugute halten. Es kam uns vor allem darauf an, festzustellen, niemals die Geschäftsleute selbst der Hamstergesellschaft Vorjahr leisten. Eine Hamsterfamilie war bald entdeckt, und die Umstände, unter denen sie handelte, ließ diese Familie für unsere Zwecke geeignet erscheinen. Die Karissi hatte eine Haushilferin. Mit dieser saßen wir uns in Verbindung. An einem Tage, an dem verschiedene Leute in einem bestimmten Laden, in dem die Hamsterfamilie und auch deren Stundenfrau bekannt waren, vergebens nach Butter gefragt hatten, schickten wir die Frau dort hin. Unsere Gehilfin beim Hamsterfang traf in dem Laden eine Frau, die Butter forderte, die aber, wie vorher alle anderen, ohne Butter fortgeschickt wurde. Unsere Mitverschworene wortete, bis die Frau den Laden verlassen hatte, nannte dann den Namen der Hamsterfamilie und forderte unverdrossen Butter. Die Verkäuferin bückte sich hinter dem Ladentisch und tauchte bald wieder mit einem Kündpaket der begleiteten Ware über der Blasfläche des Ladentisches auf. Unsere Beauftragte zählte und ging.

Wenn wir noch hinzufügen, daß diese Butter nicht in den Besitz der Hamsterfamilie gelangt ist — diese war hincrivend mit Butter versehen —, dann ist diese kleine Geschichte aus der Naturgeschichte der Butterhamster vollständig.

Vor langer Zeit stellten wir die Forderung der Butter- und Fettarten auf. Sie ist unverfüllt geblieben. Wir wissen nicht, ob das Treiben der Hamster an den maßgebenden Stellen unbekannt ist. Hoffentlich werden aber bald Schriftunternehmen, die geeignet sind, den Hamstern das Handwerk zu legen. Um besten wäre es, einmal ihre Gänge aufzutragen und ihre Bäume zu leeren.

Wo, frisch ans Werk!

Wichtig für Militärflichtige. Die Erholungskommission erlässt folgende Bekanntmachung: Diejenigen im Staate Lübeck wohnhaften Militärflichtigen des Jahrganges 1896 und der älteren Jahrestassen, welche bisher zurückgestellt waren oder aus sonstigen Gründen noch kein endgültiges Entscheidung erhalten haben, haben sich wie folgt zur Stammliste anzumelden:

1. am Montag, dem 3. Januar, die Militärflichtigen aus den Landgemeinden: Russen, Poggensee, Ritterau, Groß-Schreestaken, Klein-Schreestaken und Tramm, vormittags 9 bis 12 Uhr in Russen, im Hause des Gastwirts A. Püst;

2. am Dienstag, dem 4. Januar, die Militärflichtigen aus den Landgemeinden: Alsfeld, Behlendorf, Düchelsdorf, Giesendorf, Harmsdorf, Hollenbeck und Sierslade, vormittags 11 bis 1 Uhr in Behlendorf, im Hause des Gastwirts E. Päpke;

3. am Mittwoch, dem 5. Januar, die Militärflichtigen aus dem Stadtteil Schlutup, vormittags 11 bis nachmittags 2 Uhr im Stadtteil Schlutup, im Polizei-Geschäftszimmer, Wesloerstraße 1; 4. am Donnerstag, dem 6. Januar, die Militärflichtigen aus dem Stadtteil Kurort und Seebad Travemünde und aus den Landgemeinden Broden, Jordorf, Rönna und Teutendorf, vormittags von 11 bis nachmittags 2 Uhr im Stadtteil Kurort und Seebad Travemünde, im Polizei-Geschäftszimmer, Vorderreihe 7;

5. am Freitag, dem 7. Januar, die Militärflichtigen aus den Stadtteilen Küttin-Herrenwitz, Siems-Dänischburg und den Landgemeinden Pöppendorf und Dummersdorf, vormittags von 11 Uhr bis nachmittags 2 Uhr im Stadtteil Küttin-Herrenwitz, im Hause des Gastwirts W. Dieckmann;

6. aus der Stadt Lübeck nebst Vorstädten und den vorstehend nicht genannten Stadtteilen und Landgemeinden in Lübeck im Geschäftszimmer der Erholungskommission, Mengstraße 6, 1. Obergeschoss nur in der Zeit von 9 bis 1 Uhr vormittags, und zwar an demjenigen der nachstehend bezeichneten Tage, hinter welchem der Ansangsbuchstabe des Familiennamens angegeben ist: 1. am Sonnabend, dem 8. Januar 1916, A, B, C, D; 2. am Montag, dem 10. Januar 1916, E, F, G; 3. am Dienstag, dem 11. Januar 1916, H, I, K; 4. am Mittwoch, dem 12. Januar 1916, L, M, N, O; 5. am Donnerstag, dem 13. Januar 1916, P, Q, R; 6. am Freitag, dem 14. Januar 1916, S, T; 7. am Sonnabend, dem 15. Januar 1916, U, V, W, X, Y, Z.

Zur Anmeldung sind verpflichtet alle Militärflichtigen der obengenannten Jahrestassen, welche ihren Aufenthalt im lübeckischen Staatsgebiet und noch keine endgültige Entscheidung über ihr Militärverhältnis erhalten haben. Sollten Militärflichtige, die hierauf zur Anmeldung verpflichtet sind, zurzeit vor hier abwesend sein, so haben deren Eltern, Vormünder, Lehrer, Brot- und Fabrikherren die Verpflichtung, sie hier zur Stammliste anzumelden. Bei der Anmeldung zur Stammliste haben diejenigen Militärflichtigen, welche im lübeckischen Staatsgebiet nicht geboren sind, einen Geburtschein vorzulegen. Dieser wird vom Standesamt des Geburtsortes kostenfrei erteilt. Vorlage des Laufschirms genügt nicht. Militärflichtige, welche sich schon vor einer Erholungsbehörde gestellt haben, müssen ihren Losungsschein oder Ausstellungsausweis mitbringen. Militärflichtige, welche sich im Besitz des Berechtigungsscheines zum einjährig-freiwilligen Militärdienst befinden, haben ihren Berechtigungsschein mitzubringen. Wer die vorgeschriebene Meldung zur Stammliste unterläßt, wird nach § 25 der Wehrordnung mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder mit Haft bis zu drei Tagen bestraft. Die versäumte Meldung ist nachzuholen.

Anmeldung zur Stammliste. Sämtliche Angehörigen des neu gebildeten Landsturms I. Aufgebots, die in der Zeit vom 1. Oktober bis einschließlich 31. Dezember 1898 geboren sind, werden aufgesondert, sich in der Zeit vom 2. Dezember 1915 bis 3. Januar 1916, vormittags von 9 bis 1 Uhr, bei nachstehend aufgeführten Meldestellen zur Landsturmrolle anzumelden. Es haben sich zu melden: 1. aus den Landgemeinden: bei dem Polizeibezirk in Russen: die Mannschaften aus den Gemeinden Russen, Poggensee, Ritterau, Algerau, Groß-Schreestaken, Klein-Schreestaken und Tramm; bei dem Polizeibezirk in Harmsdorf: die Mannschaften aus den Gemeinden Alsfeld, Behlendorf, Düchelsdorf, Harmsdorf, Hollenbeck und Sierslade; bei dem Polizeibezirk in Travemünde: die Mannschaften aus Travemünde, Gneversdorf und den Landgemeinden Broden, Jordorf, Rönna und Teutendorf; bei dem Polizeibezirk in Schlutup: die Mannschaften aus Schlutup; bei dem Polizeibezirk in Küttin: die Mannschaften aus Küttin und den Landgemeinden Dummersdorf, Pöppendorf, Herrenwitz und Siems; 2. die in der Stadt Lübeck nebst Vorstädten und den vorstehend nicht genannten Gemeinden wohnhaften Mannschaften in Lübeck im Geschäftszimmer der Erholungskommission, Mengstraße 6, 1. Stock. Bei der Anmeldung haben diesejenigen Mannschaften, welche im lübeckischen Staatsgebiete nicht geboren sind, einen Geburtschein vorzulegen. Geburtscheine, gültig für Militärdienst, werden beim Standesamt des Geburtsortes kostenfrei ausgestellt.

Einschränkungen bei der Herstellung von Süßigkeiten. Nach einer Verordnung des Bundesrats vom 16. Dezember dieses vergangenen Jahres in den Süßigkeiten hergestellt werden, im Jahre 1916 nur noch die Hälfte der Zuckermenge zu Süßigkeiten verarbeitet, die sie in der Zeit vom 1. Oktober 1914 bis 30. Oktober 1915 hierzu verarbeitet haben. Milch und Sahne jeder Art, sowie Fett dienen zur gewerblichen Herstellung von Süßigkeiten und Schokolade nicht verwendet werden. Als Schokolade im Sinne dieser Verordnung gelten alle Süßigkeiten aus Kakao und Zucker, auch unter Zusatz von Kakaofett, Kakaobutter, Kakaostoffen, sowie Kakaoflocken, Mandeln und dergleichen. Als Süßigkeiten im Sinne dieser Verordnung gelten Süßwaren jeder Art, insbesondere Bonbons, Dragees, Pralinen, Fondants, Marzipan, Kandi, Christbaumzucker, Osterzuckerluden. Als Fett im Sinne dieser Verordnung gelten Butter, Butterflocken, Margarine, Käseflocken, sowie tierische und pflanzliche Öle und Fette aller Art, mit Ausnahme von Kakaofett und Kakaobutter. Für Herstellung dieser Vorschriften sind Geldstrafen bis zu 1500 Mark oder Freiheitsstrafen bis zu drei Monaten vorgesehen. Die zuständige Behörde kann Betriebe schließen, deren Unternehmer oder Leiter sich in Befolgung der Pflichten unzuverlässig zeigen, die ihnen durch diese Verordnung oder die dazu erlassenden Ausführungsbestimmungen auferlegt sind. Die Verordnung ist mit dem 18. Dezember 1915 in Kraft getreten.

Landesversicherungsanstalt der Hansestädte. Im Gewaltungsgebäude der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte in Lübeck fand Montag die diesjährige ordentliche Versammlung des Ausschusses der Versicherungsanstalt statt. In der Versammlung wurde der Geschäftsbericht des Vorstandes für 1914 erstattet, die Jahresrechnung für 1914 abgenommen und der Vorschlag für 1915 festgestellt. Der Vorstand erstattete ferner Bericht über die Verwendung der im September 1914 zur Sicherung der Kriegsnot unter der versicherungspflichtigen Bevölkerung der Hansestädte zur Verfügung gestellten 3½ Millionen Mark. Danach sind den in den Hansestädten bestehenden Kriegsorganisationen bisher insgesamt 1904 000 Mk. überwiesen worden und zwar an Hamburg 1411 000 Mk., an Lübeck 168 000 Mk. und an Bremen einl. Bremerhaven 325 000 Mk. In dem nach Hamburg gezahlten Betrage sind u. a. 40 000 Mk. enthalten, die als Beihilfe zu den Betriebskosten der Kriegsführung dienten, ferner 625 000 Mk. für freiwillige Fortsetzung der Kranken- und Invalidenversicherung und für Aufrethaltung von Lebens-, Volks- und anderen Versicherungen bei Kriegsteilnehmern und Erwerbslosen. Zu den gleichen Zwecken wurden dem Stadtrat in Bremerhaven 20 000 Mk. überwiesen, während in Lübeck überwiesenen Mitteln genutzt worden sind. Zur ausdrücklichen Bedeutung von Wehrmachts- und Liebesgaben für die Truppen im Felde wurden Hamburg 186 000 Mk., Lübeck 52 000 Mk. und Bremen 4000 Mk. überwiesen. Die Höhe gemeinsamer Hypothekdarlehen für Arbeitsermächtigungen beläuft sich während des Krieges bis jetzt auf insgesamt 870 000 Mk. Hervorhebung verdient noch die von der Landesversicherungsanstalt zuerst unter allen deutschen Versicherungsanstalten aufgenommene Fürsorge für Kinder von Versicherten. Im Jahr 1914 waren von Halbwaisen 64 im Erholungshaus für Kinder zu Groß-Hansdorf, 65 in ländlicher Familienpflege, 176 in Lensterhof bei Neustadt a. d. Orla, einem Heim des Vereins für Ferienkolonien von 1904 in Hamburg, und 9 auf der Insel Langeoog, insgesamt also 215 schwächliche Kinder, die einen Elternteil verloren hatten, untergebracht. Diese Fürsorge erstreckte sich aber auch auf Kinder aus tuberkulösen Familien, die in ihrer Gesundheit bedroht sind. Im Jahr 1914 wurden 153 solcher Kinder, deren Eltern leben, in Heilfürsorge genommen. Je länger der Krieg andauert, desto mehr wird der Segen dieser Kinderfürsorge von allen bedrängten und nicht zum wenigsten jungen Familien empfunden, deren Ernährer Opfer des Krieges geworden sind. Das die seit 2 Jahren bestehende Fürsorgefeste der Landesversicherungsanstalt für Geschlechtsleidende in Hamburg für die Organisation des Kampfes gegen Geschlechtskrankheiten in ganz Deutschland vorbildlich geworden ist, wurde mit Besiedigung festgestellt. Zur Förderung gemeinnütziger Unternehmungen, Bau von Arbeiterwohnungen usw. im Jahre 1916 ist ein Betrag von 1½ Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden. Für das Jahr 1916 wurden gewählt: zum Vorsitzenden des Ausschusses Kaufmann Curt Schröder aus Hamburg, zum stellvertretenden Vorsitzenden Arbeiterselbstföder Matthias Güldenberg aus Hamburg, zu Beisitzern Prokurist Johann Späth aus Bremen und Buchdrucker Johannes Körner aus Lübeck.

b. Geschichte der Kunst des 19. Jahrhunderts. Am Montag fand der letzte Vortrag von Professor Dr. Schäfer statt. Er streifte rückblickend das Kunstproblem der naturalistischen Bewegung als Zeitscheinung der Kulturrevolution überhaupt und leitete auf die neuere Zeit mit ihrer von starkem Persönlichkeit bewußtsein erfüllten Künstlern über. Ihre Arbeit begegnete vielfach dogmatischem Missverständnis, da man gewohnt war, in der Kunst nur getreue Nachahmung der Natur zu suchen. Dann gelang die Zeit subjektiv handelnde Persönlichkeiten, deren Individualität in ihren Werken ausgedrückt war. Lag bisher das Bestreben oben den Künstlern vorgezeichnet, was sie zu schaffen hätten, verließ man bald ins andere Extrem und lag in jedem jungen, noch entwicklungsbürtigen Menschen das erkannte Genie. Der Vortragende behandelte einige Gruppen dieser Besonderen, ihren Lebensgang und Schaffensstrang, stürzte aus dem reichhaltigen Material wie bisher nur die besten Beispiele heraus und zeigte an diesen das fortwährende Ringen nach neuen Ausdrucksformen, die wiederum Reaktion anderer Zeitschichten und neuen Menschenempfindens widerspiegeln. Die hervorragende Sachkenntnis und formvollendete Vortragsweise unseres Künstlermadamtors fesselte 10 Abende hindurch ein äußerst zahlreiches und dankbares Publikum.

Die Beschädigungen des Dampfers "Gauthiod", dessen Strandung und Abbringung wir melbten, sind nicht schwer. Der Dampfer hat nur einige Löcher und Risse im Boden, doch ist der durch Wasser an Bord angerichtete Schaden sehr erheblich. Das Deck im hinteren Salon ist durch den im Raum aufgeworfenen Kaffee zum größten Teil hochgezerrt und zerstört. Angenählich wird das Schiff mit den eigenen Pumpen und durch eine ironportable Pumpe des "Argo" leer gehalten. Mehrere Tage ist an der Entlöschung der Ladung, teils Stückgut und 3000 Sac Kaffee gearbeitet. Die Ladung wird an den Kai und in einen Schuppen geladen. Donnerstag nachmittag wurde der "Gauthiod" nach Berlischholmen geholt und dort am Südfal vertaut. Nach beendigter Entlöschung wird das Schiff zur Reparatur nach Stockholm gebracht werden.

Der norwegische Dampfer "Prospero", welcher bei Hiltvedt gesunken war, ist wieder abgebracht worden und liegt jetzt bei Hiltvedt, um dort abgebaut zu werden. Die Strandung des Prospero sowohl als auch des Akterhus wird darauf zurückgeschoben, da die Nebelglocke von Hiltvedt nicht zu hören gewesen ist.

pb. Eigentumsvergehen. Von Mitte vorigen Monats bis Anfang d. Wk., sind aus einer Baracke der Waldschule "Weißes" ein Feuerherd und ein Kederopfstein mit rot und weiß gestreiften Beulen, geholt worden.

pb. Gestohlene Tauben. Einem in der Hakenburger Allee wohnhaften Barbier sind in der Nacht zum 19. d. Wk. fünf Tauben gestohlen worden, und zwar: 2 blonde und 2 rote Tauben und eine Kupfer-Giessel. Der Besitzer möchte bestimmen, ob ihm zur Wiedererlangung der Tauben beihilflich ist oder den Täter so nahhaft macht, daß seine Bestrafung erfolgen kann, eine Belohnung von 10 Mk. zu.

pb. Gestohlene Taschen. Einem in der Hakenburger Allee wohnhaften Barbier sind in der Nacht zum 19. d. Wk. fünf Taschen gestohlen worden, und zwar: 2 blonde und 2 rote Taschen und eine Kupfer-Giessel. Der Besitzer möchte bestimmen, ob ihm zur Wiedererlangung der Taschen beihilflich ist oder den Täter so nahhaft macht, daß seine Bestrafung erfolgen kann.

pb. Einbruchsbüchse. Von Mitte vorigen Monats bis zum 12. d. Wk. sind in Kronförde und Krummesse viele Einbruchsbüchsen entwendet worden. Die nach den Türen von Bewohnern der Kriminalpolizei ermittelten Nachforschungen führten zur Ermittlung eines dieser Türen, der in einer Erdhöhle in der Kronförde in einem überdachten Bereich überdeckt wurde. In dieser Erdhöhle wurde diverses Diebesgut, wie Schalen, Spirituosen usw. vor gefunden, welches den Besitzern wieder zu übergeben werden konnte. Der festgenommene ist am 18. d. Wk. mit noch weiteren Komplizen aus der Kronförde ausgetrieben gewesen, morau sich die Ausbrecher nach Kronförde wandten, um hier ein roches Räuberleben zu führen. Die baldige Festnahme der beiden flüchtigen Komplizen des festgenommenen dürfte geschleift sein.

pb. Verhaftung. Ermittelt und festgenommen wurde ein heller Arbeiter, der vor einigen Tagen in Nehns festgenommen war, weil er dort Diebesgut verkauft habe, welches hier gestohlen war. Auf dem Transport hierher, war der jetzt wieder festgenommene seinem Frontort entflohen.

Notes Kreuz. Vom 24. Dezember 1915 bis 3. Januar 1916 wird die Zentrale vom Roten Kreuz und die Abteilung für Viehversorgung, St. Annenstraße 2, geschlossen sein. Vom 3. Januar ab wird alles wieder in gewohnter Weise gefestigt sein, werktäglich von 10—1 Uhr.

Neueste Nachrichten.

Die Kriegslage.

WBW. Großes Hauptquartier, 21. Dezember (Amtlich)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Westlich Hullich nahm eine deutsche Abteilung eine englische Sappe und wehrte einen nächtlichen Gegenschlag ab.

Auf vielen Stellen der Front lebten Artilleriekämpfe. Keine Ereignisse von Bedeutung.

Südlicher Kriegsschauplatz.

In der Nacht vom 19.20. Dezember hatte eine vorgesehene russische Abteilung das nahe vor unserer Front liegende Gehöft Deleski (nicht südlich von Widjaj) besetzt. Sie wurde gestern wieder vertrieben.

Südlich des Wygnowosse-See und bei Kosciunowka (nordwestlich von Gagarin) wurden feindliche Erfundungsabteilungen abgewiesen.

Wallfahrtsschauplatz.

Die Lage ist im allgemeinen unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Berlin, 20. Dezember. Der "Vorwärts" meldet: Genosse Saake hat am Schluß der gestrigen Fraktionssitzung sein Amt als Fraktionsvorsitzender niedergelegt. Bereits am 4. August 1914 hatte er einen dahingehenden Beschluss der Fraktion bekannt gegeben, verblich aber auf deren dringendes Verlangen damals im Amt. Gleichwohl behält Genosse Saake sein Amt als Vorsitzender der Partei.

Berlin, 20. Dezember. Im Hause Carmen-Sylva-Straße 114 hat heute vormittag nach einem heiligen Zwist die Frau des Käfigers Vergada ihren Mann durch einen Revolverschuß schwer verletzt und ihn selbst dann durch Sturz aus dem Fenster getötet.

Breslau, 20. Dezember. In Breslau bei Reichenbach im Kreis Namslau wurde während der Kirchzeit am vergangenen Sonntag ein deutscher Name in der Wohnung des Stellvertreters Sobotta, der jüngst im Felde steht, verletzt. Zwei junge Leute von 15 und 18 Jahren drangen, während die Frau in der Kirche war, in die Wohnung ein, stahlen dort einen Geldbetrag und töteten die drei Kinder der Frau im Alter von 5 und 8 Jahren. Die Täter wurden verhaftet.

Köln, 20. Dezember. Der "Köln. Tag." wird aus Alten gebracht: Nach zuverlässigen Nachrichten sind die englischen und französischen Truppen fast vollständig aus Ambres, Senecos, Venenos herausgezogen worden. Vor dem Abmarsch machte sich fast überall eine große Flüchtlingswelle gegen die Bevölkerung nach dem östlichen Front gelöst, die in Ambres zu einer Menge getrieben wurde, wobei 5-6 höhere Offiziere des Generalstabs getötet wurden. Erst durch das Versprechen des Eintreffens zahlreicher Verstärkungen ließen sich die Truppen zur Einholzung nach Salonic bewegen.

Verlustlisten.

Erschienen sind:

Braunschweigische Verlustliste Nr. 403.

Bayerische Verlustliste Nr. 242.

Sachsenische Verlustliste Nr. 238.

Würt

Sozialdemokratischer Verein.

Am Freitag verstarb unsere Genossin Frau

Berta Neumann.

Ihre Beerdigung erfolgt am Donnerstag, nachmitt. 2 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhofe. Die Mitglieder sammeln sich bis 1½ Uhr im „Weihen Hirsch“ zu Ahnefeld.

Am Sonntag wurde vom Tode ereilt unsere Genossin Frau

Johanna Köster.

Ihre Beerdigung erfolgt am Donnerstag, nachmitt. 2½ Uhr, ebenfalls auf dem Vorwerker Friedhofe. Das Trauergescheide sammelt sich bis dahin vor der Leichenhalle daelbst.

Ehre ihrem Andenken!
5185) Der Vorstand.



Alles zu Ferd. Kayser

weil dort die imposanten Weihnachts-Ausstellungen sind und riesig billige Preise! 5120

Christbaum - Lichte
- Ständer
- Schmuck
- Schnee
- Lametta

Reise-
Manikure-
Kamm-
Bürsten-

Necessaires

Den Heldentod für das Vaterland starben unsere Krankenpfleger und Angestellten: (5126)

Karl Gehrmann

gefallen den 16. September 1914 bei Ribécourt;

Hans Lüth

gefallen den 16. September 1914 bei Ribécourt;

August Spehr

gefallen den 18. November 1914 am Yserkanal;

Wilhelm Schulz

gefallen den 6. März 1915 bei Kapusnik;

Wilhelm Bassow

gefallen den 8. Oktober 1915 bei Arras.

Sie waren im Leben und im Tode treu. Ihr Andenken wird allezeit in Ehren gehalten werden.

Die Heilanstalt Strecknitz.

Nach langem bangem Warten wurde uns die schmerzhafte Gewissheit, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Schwager und Onkel

Wilhelm Niemann in seinem 36. Lebensjahr am 22. 10. 15 den Helden-tod hat erleiden müssen infolge schwerer Verletzung die er sich am 19. 10. 15 bei Brantebach zugezogen hat.

Seit bestreut u. scheinbar vermisst von Wilhelmine Niemann geb. Bentzen

nebst Kindern u. Angehörigen. Münster i. Westf. (5139)

Billig Bronzeuhr mit Kuppel, alte Handähnmaschine, für große Kinder passend. (5131)

Einfachläufig 26.

Mehrere gute Jackets und Westen, v.a. f. Lehrer, 2. Preis. Zu besehen natürlich nach 1 Uhr. 5122) Meier'sche 3. part.

Von Richard Woldt.

Preis 10 Pfg.

Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Großindustrie und Kriegswirkungen.

Von Richard Woldt.

Preis 10 Pfg.

Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Der Arbeiter-Nofiz-Kalender f. 1916

ist soeben erschienen.

Preis 50 Pfg.

Buchhandlung

F. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Der Arbeiter-Nofiz-Kalender f. 1916

ist soeben erschienen.

Preis 50 Pfg.

Buchhandlung

F. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Der Arbeiter-Nofiz-Kalender f. 1916

ist soeben erschienen.

Preis 50 Pfg.

Buchhandlung

F. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Der Arbeiter-Nofiz-Kalender f. 1916

ist soeben erschienen.

Preis 50 Pfg.

Buchhandlung

F. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Der Arbeiter-Nofiz-Kalender f. 1916

ist soeben erschienen.

Preis 50 Pfg.

Buchhandlung

F. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Der Arbeiter-Nofiz-Kalender f. 1916

ist soeben erschienen.

Preis 50 Pfg.

Buchhandlung

F. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Der Arbeiter-Nofiz-Kalender f. 1916

ist soeben erschienen.

Preis 50 Pfg.

Buchhandlung

F. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Der Arbeiter-Nofiz-Kalender f. 1916

ist soeben erschienen.

Preis 50 Pfg.

Buchhandlung

F. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Der Arbeiter-Nofiz-Kalender f. 1916

ist soeben erschienen.

Preis 50 Pfg.

Buchhandlung

F. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Der Arbeiter-Nofiz-Kalender f. 1916

ist soeben erschienen.

Preis 50 Pfg.

Buchhandlung

F. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Der Arbeiter-Nofiz-Kalender f. 1916

ist soeben erschienen.

Preis 50 Pfg.

Buchhandlung

F. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Der Arbeiter-Nofiz-Kalender f. 1916

ist soeben erschienen.

Preis 50 Pfg.

Buchhandlung

F. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Der Arbeiter-Nofiz-Kalender f. 1916

ist soeben erschienen.

Preis 50 Pfg.

Buchhandlung

F. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Der Arbeiter-Nofiz-Kalender f. 1916

ist soeben erschienen.

Preis 50 Pfg.

Buchhandlung

F. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Der Arbeiter-Nofiz-Kalender f. 1916

ist soeben erschienen.

Preis 50 Pfg.

Buchhandlung

F. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Der Arbeiter-Nofiz-Kalender f. 1916

ist soeben erschienen.

Preis 50 Pfg.

Buchhandlung

F. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Der Arbeiter-Nofiz-Kalender f. 1916

ist soeben erschienen.

Preis 50 Pfg.

Buchhandlung

F. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Der Arbeiter-Nofiz-Kalender f. 1916

ist soeben erschienen.

Preis 50 Pfg.

Buchhandlung

F. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Der Arbeiter-Nofiz-Kalender f. 1916

ist soeben erschienen.

Preis 50 Pfg.

Buchhandlung

F. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Der Arbeiter-Nofiz-Kalender f. 1916

ist soeben erschienen.

Preis 50 Pfg.

Buchhandlung

F. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Der Arbeiter-Nofiz-Kalender f. 1916

ist soeben erschienen.

Preis 50 Pfg.

Buchhandlung

F. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Der Arbeiter-Nofiz-Kalender f. 1916

ist soeben erschienen.

Preis 50 Pfg.

Buchhandlung

F. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Der Arbeiter-Nofiz-Kalender f. 1916

ist soeben erschienen.

Preis 50 Pfg.

Buchhandlung

F. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Der Arbeiter-Nofiz-Kalender f. 1916

ist soeben erschienen.

Preis 50 Pfg.

Buchhandlung

F. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Der Arbeiter-Nofiz-Kalender f. 1916

ist soeben erschienen.

Preis 50 Pfg.

Buchhandlung

F. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Der Arbeiter-Nofiz-Kalender f. 1916

ist soeben erschienen.

Preis 50 Pfg.

Buchhandlung

Militärfragen vor der Reichshaushaltskommission.

(Sitzung vom 18. Dezember.)

Die Kommission verhandelte zunächst über die Beschäftigung und Behandlung der als Arbeiter verwandten Gefangenen und der in Deutschland beschäftigten russisch-polnischen Arbeiter. Die Verhandlungen waren streng vertraulich. Von sozialdemokratischer Seite sprachen unsere Genossen Sachse und Bauer. Die Ausführungen unserer Genossen wurden von dem fortschrittlichen Abg. Göthein bestätigt. — Der Kriegsminister und Ministerdirektor Lewald griffen wiederholt in die Debatte ein. — Abg. Stadthagen nahm sich der ausländischen Arbeiter an und erklärte dann Vorkommnisse in einem Gefangenenslager. Zu der gleichen Sache sprach noch Abg. Roske und Abg. Dittmann.

Die Diskussion wandte sich dann der Übermittlung militärischer Nachrichten zu. Hierzu stieg folgender Antrag Gröber vor: den Herrn Reichstanzler zu ersuchen, daß die von der Leitung des Heeres und der Marine ausgegebenen amtlichen Kriegsnachrichten allen Organen der Deutschen Presse, welche darum nachdrucken, gleichzeitig und unentgeltlich gegen Erlass der Übermittlungskosten mitgeteilt werden! Abg. Gröber (Dr.) spricht die geschäftlichen Praktiken des Wolffbüros aus, das seine Monopolstellung dazu benutzt, sich unberechtigt Vorrechte von den Zeitungen zu beschaffen. Die Nachrichtenvermittlung durch dieses Bureau ist sehr mangelhaft, einzelne Zeitungen am gleichen Ort werden ganz verschieden bedient. Dabei sind die Nachrichten oft direkt irreführend. Zeitungen, die dem Wolffbüro nicht genehm sind, werden von der Nachrichtenübermittlung einfach ausgeschlossen. Von einer Zeitung hat das Wolffbüro verlangt, keinerlei Kritik mehr an dem Bureau zu üben. Deshalb muß mit der Monopolstellung dieses Büros gebrochen werden.

Oberst Hoffmann schildert den Verkehr des Kriegsministeriums mit dem Wolffbüro. Mit diesem System kann die Heeresverwaltung momentan nicht brechen. Die Oberste Heeresleitung ist jedenfalls mit dem Wolffbüro zufrieden. Das Bureau hat mit der Übermittlung der Heeresberichte nichts verdient.

Abg. Stadthagen bezeichnet den heutigen Zustand als völlig unerträglich. Die Monopolstellung des Wolffbüros bedeutet die Vernichtung der Konkurrenz. Wolff hat von der Telegraphenunion 5000 Mark für Überlassung der Heeresberichte verlangt. Die Art, wie das Wolffbüro seine Macht ausübt, ist unerhört. Die Verleger haben gar nicht mehr den Mut, gegen Wolff aufzutreten. Auch der preußische Minister des Innern unterstützt amlich das Wolffbüro. Am besten ist es, wenn man die Zeitungsverleger veranlaßt, sich eine geeignete Organisation zur Übermittlung amtlicher Nachrichten zu schaffen.

Kriegsminister v. Wanadel sagt eine eingehende Unterstützung zu.

Abg. Fischbeck (Fortschr.) behauptet, daß das Auswärtige Amt einige Zeitungen mit der Überlassung von Nachrichten bevorzugt. Mit der Übermittlung von Auslandsnachrichten hat Wolff völlig versagt. Es ist nicht zu billigen, daß man der Telegraphenunion die Überlassung des Heeresberichtes verweigert hat.

Abg. Stadthagen erörtert das militärgerechtliche Verfahren gegen gegen den Abg. Liebnecht. Unter Verleugnung der Immunität und entgegen dem ausdrücklichen Besluß des Reichstags ist ein eingesetztes Verfahren zu Ende geführt worden. Und wiederum ohne den Reichstag zu fragen, hat nun ein neues Verfahren gegen Liebnecht eingeleitet. Der Reichstag muß dieser Eingriff in seine Rechte zurückweisen.

General v. Langemann erklärt, daß auch die Militärverwaltung die Immunität des zum Heere eingezogenen Abgeordneten nicht bestreitet. Die Einstellung des Verfahrens ist telegraphisch angeordnet worden. Im zweiten Fall handelt es sich nur um eine vorläufige Vernehmung, nicht um ein gerichtliches Verfahren. — Abg. Stadthagen stellt demgegenüber fest, daß sich das Militärgerecht den Anordnungen des Kriegsministeriums nicht gefügt hat. — Kriegsminister v. Wanadel behauptet, daß das Verfahren gegen den Abg. Liebnecht tatsächlich eingestellt worden ist. — Abg. Heinrich führt aus, daß das Verfahren gegen Liebnecht lediglich aus materiellen Gründen eingestellt worden ist. Auch das zweite Verfahren durfte unter keinen Umständen eingeleitet werden. Hier handelt es sich um ein Recht des Reichstages, das er sich nicht verkümmern lassen darf.

Mit einer weiteren kurzen Auseinandersetzung zwischen dem Kriegsminister und dem Abg. Stadthagen schloß die Ausprache.

Abg. Stadthagen begründet nunmehr die folgende Resolution, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, eine bundesstaatliche

Verordnung folgenden Inhalts zu erlassen: Gegen Kriegsteilnehmer und ihre Familienmitglieder ist eine Klage auf Entmobilisierung für die Dauer des Kriegszustandes nicht zulässig, wenn der Kläger nicht nachweist, daß der Kriegsteilnehmer zur Zahlung der Mietzinsstände und der laufenden Mietzinsbeläge wirtschaftlich in der Lage ist. Unter den Kriegern muß es Erbitterung hervorrufen, wenn sie erfahren, daß ihre Frauen ermittelt werden, denn, weil sie keine Miete zahlen könnten. Man bestellt dem vertragten Krieger jetzt einen Vertreter und führt dann ein Verfahren durch, von dem der Krieger nicht das Mindeste erfährt. Redner führt zum Beweis für seine Ausführungen eine Reihe drastischer Beispiele an. Die heutige Praxis bedeutet geradezu einen Schlag gegen die Leute, die im Felde stehen.

Staatssekretär Lisco führt aus, daß man bei Erlass der Verordnung nicht an solche Ausnahmefälle gedacht habe. Die Interessen des Kriegers müssen immer im Vordergrund stehen, nicht die des Gläubigers. Deshalb sei der Antrag überflüssig. — Abg. Heinrich: Die Sache wird mit der Zeit immer schwächer. Der Antrag geht eigentlich noch gar nicht weit genug; immerhin aber bedeutet er eine ganz wesentliche Verbesserung.

Abg. Gröber (Dr.) begründet den Antrag, einen Gesetzentwurf demnächst vorzulegen, durch den derjenige, welcher sich oder einen Dritten für Heeresleistungen Vermögensvorteile gewähren oder versprechen läßt, die den üblichen Wert übersteigen und in auffallendem Maßverhältnis zur Leistung stehen, zum Erfaßung des Schadens verpflichtet wird, und zwar mit zurückwirkender Kraft auf die seit Kriegsbeginn abgeschlossenen oder erfüllten Rechtsgeschäfte. — Abg. Schröder (Nat.) bezweifelt, ob mit dieser Formulierung der beabsichtigte Zweck erreicht wird. In der Haupthandlung muß es sich darum handeln, das gewissenlose Spukantentum zu trennen. — Staatssekretär Lisco: Mit der Tendenz des Antrages kann man einverstanden sein; der Antrag stützt aber auf juristische Bedenken. — Abg. Hoch (Soz.): Die Kommission kann den sympathischen Gedanken die erforderliche juristische Form nicht geben. Es kommt jetzt nur darauf an, die Übereinstimmung in der Sache selbst festzustellen. — Abg. Fischbeck (Fortschr.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Tendenz des Antrages. — Abg. Graf Westarp hat nichts gegen den Grundgedanken des Antrags, befürchtet nur, daß unter Umständen Handel und Industrie beunruhigt werden könnten.

Kriegsminister v. Wanadel bittet, keine Maßnahmen zu beschließen, die den Unternehmungsgeist des Handels und der Industrie benachteiligen könnten. Im allgemeinen sei die Heeresverwaltung nicht überzeugt worden.

Die Resolution wurde in Verbindung mit einem gleichen Antrag Schiffer angenommen.

Abg. Stadthagen begründet nun den Antrag, das Gesetz betreffend den Schutz infolge des Krieges an Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen, vom 4. August 1914 (Reichsgesetzbl. S. 328) dahin abzuändern, daß in § 2 Ziffer 1 die Worte „mobilen oder gegen den Feind verwendeten“ gestrichen werden. Nach kurzer Diskussion wird der Antrag zurückgezogen, da Staatssekretär Lisco Abhilfe zusagte.

Abg. Stadthagen begründet dann den Antrag, ein besonderes Gesetz zu schaffen mit dem einzigen Paragraphen: „Landarbeiter und Gehinde haben das Recht, ihren Arbeitsvertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu lösen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Das ist stets der Fall, wenn einer der Gründe vorliegt, die nach der Gewerbeordnung einen Gewerbegehilfen zur Aufhebung des Vertrages berechtigen.“ — Staatssekretär Lisco erklärt es für unmöglich, derart tiefeinschneidende Änderungen vorzunehmen. — Abg. Bauer (Soz.) rechtfertigt den Antrag mit der Richtigkeit, unter der diese Bevölkerungsschichten leiden. — Der Antrag wurde abgelehnt.

Es wird nun wieder über eine ganze Flut von Anträgen abgestritten. Angenommen wurden u. a. folgende sozialdemokratische Anträge: Die Hergabe von Reichsmitteln zur Unterstützung der Textilarbeiter wird an die Bedingung gethängt, daß zu den zum Zweck der Festlegung der Unterstützungsbedingungen und zur Durchführung der Unterstützungsaktion geschaffenen Orts-, Bezirks- und Landesauschüssen auch Vertreter der gewerkschaftlichen Organisationen der Textilarbeiter in gleicher Zahl wie die Unternehmer hinzugezogen werden. — Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, durch eine Bundesstaatsverordnung zu bestimmen, daß a) Unternehmungen, die infolge von Arbeitslosigkeit bezogen wurden, nicht als Armenunterstützung gelten, b) die Unterstützungsempfänger nicht verpflichtet sind, die erhaltenen Beträge später zurückzuzahlen. — Dem Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge“ ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, damit er die ihm gestellten Aufgaben erfüllen kann. — Angenommen wurde auch ein Antrag, in dem gefordert wird, daß bei Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern, das Reichsamt des Innern verhindert eingreifen soll. — Der Antrag des Zentrums, der sich gegen

das Wolffbüro richtet, wurde angenommen. Ebenso die folgende Resolution des Sozialdemokraten: den Herrn Reichstanzler zu ersuchen, a) bis zur Vorlage eines Entwurfs der Kriegsbedingungsordnung dahin zu wirken, daß eine weitere Reform der Kriegsbedingungsordnung vorgenommen wird; b) dahin zu wirken, daß den Mannschaften in möglichst weitem Umfang Urlaub gewährt wird; c) daß bei der Gewährung von Urlaub zunächst jene Mannschaften berücksichtigt werden, die bisher noch nicht in Urlaub waren; d) den beworbenen Mannschaften für die Dauer des Urlaubs das für ihren Truppenteil festgelegte Entlohnungsgeld bei Antritt des Urlaubs auszuzahlen. — Die ebenfalls geforderte Revision der Offiziersgehalter und die Bezahlung der Zusagen in der Heimat wurde mit 13 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Abg. Gröber (Dr.) wurde auch der sozialdemokratischen Antrag, die Freilassung junger feindlicher Länder angehörigen Zivilinterierten herbeizuführen, die in Deutschland eine gesuchte Gefangenschaft noch weisen können und bei denen keinerlei Verdacht besteht, daß sie die Sicherheit des Reiches gefährden würden. — Zu den Unterstützungsfragen wurde folgende Resolution angenommen: 1. die Familienunterstützung ist zu gewähren, wenn nach den laufenden Steuererstattungen das Einkommen in den Orten der Tarifklasse E 1000 Mark und weniger, in Orten der Tarifklassen C und D 1200 Mark und weniger, und in Orten der Tarifklassen A und B 1500 Mark und weniger beträgt. Der Anspruch besteht nicht, wenn der zum Militärdienst eingezogene an keinem Einkommen keinen Nutzen erleidet; 2. Die Zusätze des Reichs und der Einzelstaaten an die Lieferungsverträge zur Erhöhung der Familienunterstützung und — abgesehen nach der Leistungsfähigkeit der Lieferungsverträge — festzusetzen. 3. Die Bestimmung zu treffen, daß die Aussichtsbehörde in geeigneten Fällen die Zahlung der Familieneunterstützung anordnen kann.

Nach Erledigung einiger minderwichtiger Angelegenheiten vertagte sich die Kommission bis nach Neujahr.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht des „Lübecker Volksboten“.)

Berlin, den 20. Dezember 1915.

24. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstische: Dr. Böckel, Hessenreich.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs über vorbereitende Maßnahmen zur

Besteuerung der Kriegsgewinne.

Die Kommission beantragt hierzu in einer Resolution, den Reichstanzler zu ersuchen, a) Maßnahmen zu treffen, um unter voller Wahrung der Interessen des reellen Geschäftsbetriebes die Untersuchung und Feststellung von Fällen herbeizuführen, in denen durch Kriegslieferungen, die Vorbereitung, Vermittelung, Besorgung oder Verschaffung von Kriegslieferungen oder eine andere Mitwirkung bei ihnen ein übermäßiger oder unsaurer Gewinn erzielt worden ist, b) einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den für den Reichstanzler ein Anspruch auf Herausgabe solcher Gewinne begründet wird, 2) einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den, wer sich oder einem Dritten für Heeresleistungen Vermögensvorteile gewähren oder versprechen läßt, die den üblichen Wert übersteigen und in auffallendem Maßverhältnis zur Leistung stehen, zum Erfaßung des Schadens verpflichtet wird, und zwar mit zurückwirkender Kraft auf die seit Kriegsbeginn abgeschlossenen oder erfüllten Rechtsgeschäfte. 3. „Die verbündeten Regierungen“ erachten, unverzüglich geeignete Maßnahmen zu treffen, durch welche die Erhebung einer künftigen Kriegsgewinnsteuer auch bei Einzelpersonen sicher gestellt wird.

Die Abg. Albrecht und Gen. (Soz.) beantragen in einer Resolution, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, elsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Erhebung eines erneuten Wehrbeitrages im Laufe des Steuerjahres 1916/17 vorzieht. Personen, die infolge einer Erhöhung ihres Vermögens oder Einkommens in den Kreis der Beitragspflichtigen oder in eine höhere Beitragstufe aufzudenken, haben dies anzumelden. In Fällen, wo eine beträchtliche Verminderung des Vermögens oder Einkommens nachgewiesen wird, ist auf Antrag eine entsprechende Ermäßigung des Beitrages zu gewähren.

Abg. Dr. David (Soz.): Das vorliegende Gesetz will verhindern, daß Gewinne von Aliens und anderen Erwerbsgesellschaften sich auf diese oder jene Art zerstreuen. Es ist ein Teil einer konzentrierten Steuergegabung, die für den Bürger angewendet ist. Diese konzentrierte Gewinnbesteuerung soll nach der Annahme des Schatzräters sich eng anlehnen an das vorhandene Reichssteuergebot vom 3. Juni 1913, das im April 1917 in Kraft treten soll und im wesentlichen eine Besteuerung des

Im Hirtenhaus.

Eine oberfränkische Dorfgeschichte von Heinrich Schaumberger.

29. Fortsetzung.

„Und's Bier und's Getreid führt uns die Eisenbahn vor der Nase fort — wir können zusehen, wo wir Nahrung finden,“ sagte der Schneider.

„Gerste auch?“ fragte der dicke Dorfmüller.

„Die erst recht!“

„Der Geier hat die Eisenbahn,“ schimpfte der Dicke und leerte ein Seidel auf einen Zug. „Nun wird's Bier auch noch ausschlagen; und ist so schon fast nimmer zu bezahlen!“

„Und der Tabak,“ knurrte der Mäurererslang.

„Und erst gar der Schnaps,“ seufzte der Steinmüller aus der vorherigen Ecke.

„Und drent an,“ fuhr der Michelsschneider fort, „was für ein graulam's Geld solch eine Eisenbahn kosten muß! Alles Geld wird aus dem Land gezogen, alle Kapitalien werden gefündigt, und —“

Schneider, hift du nicht gleich still, jetzt's was,“ unterbrach ihn der Eichenfrieder in hellem Schreden. „Herr Gott von Bentheim! Ihr Nachbar, das wird doch nicht wahr sein!“

„Ja, wenn's nur das wäre,“ sagte Paulus gewichtig. „Aber das Elend liegt noch ganz wo anders! — Nehmt an, was für Eisen bei der Bahn zusammenkommt, hunderttausend Millionen Zentner, das ist noch gar nichts! Nun ist aber das Eisen magnetisch, und die Magnetisierung zieht's Wetter an — denkt an die Blitzeleiter! Hat aber schon ein dümmes Drähte solche Gewalt über's Wetter, wie soll's es bei sochen himmelhohen Eisenhäusen werden? Ihr Nachbar paßt auf, alles Wetter legt sich in unsern Grund, Hagelschläge und Wolkenbrüche nehmen kein End', und die Gewitter machen's Unglück voll!“

Paulus, hört auf, 's wird einem ganz schlecht,“ jammerte die Witwe und schlug die Hände zusammen. „'s ist nur die Hälfte wahr, sind wir nun auf ewige Zeiten!“

Aber dieser lacht sich nicht föhlen. „Und gar erst der Feuerwagen! Rechnet's aus, was der den Tag über für einen Qualm in die Luft plustert. — Und wo soll der Raum zuletzt hin? — Ich frag' euch, wohin?“

Da es die Nachbarn natürlich nicht wußten, fuhr er selbstbewußt fort, „nirgendshin! — Da bleibt er! — Ja, ja, 's ist nicht anders, oben an den Himmel legt er sich, daß nicht Sonne, nicht Mond durch kann, und die zweite ägyptische Finsternis ist jetzt!“

„Hoho, Paulus, Ihr schneidet auf,“ sagte die vorwitzige Stimme von dorther. „Der Schulmeister hat gesagt, in Engeland giebt es zwanzig Jahren nichts als Eisenbahnen, und es steht noch auf dem alten Fleck!“

„Bist fertig, du Grünschnabel?“ erwiderte Paulus verächtlich und holte ein Zeitungsblatt aus der Tasche. „Da leßt's selber! — Da steht's schwarz auf weiß, verwittert war wieder ein Nebel in London, so dick und schwarz, am Tag mußten sie die Laternen anzünden! — Nu, was sagt ihr jetzt — he?“

„Das sich Gott erbarm,“ jammerte die Witwe.

„Und die Eisenbahn wird nicht gebaut, das sag ich, der Eichenfrieder,“ schrie dieser plötzlich, und schlug mit der Faust auf den Tisch. „Die Bauhauer können mir nicht ausweichen, sie müssen über meine Dammstruktur Gründstücke bauen — daran steppert sich die ganze Geschichte! — Nicht zollbreit von meinem Boden geb' ich her, und wenn sie ihn mit Gold zudecken! — Hans will ich heißen mein Leibtag, kommt der Bau zu stand!“

Erstaunt blieben die Nachbarn auf den Eichenfrieder, und sein Ansehen stieg gewaltig. Man drängt sich um ihn, drückt seine Hand, lobte seine Klugheit und mahnte zur Standhaftigkeit. Gestottert ging für heute die Gesellschaft auseinander.

Und am Eichenfrieder lag's nicht, daß der Bahnbau dennoch stande kam. Aber die Bahnbeamten lachten ihm ins Gesicht, als er sich weigerte, den abgeketteten Baugrund abzutreten, und drohten mit Expropriation. Spornstreichs ließ er zum Advoleten; allein als er zurückkam — die ganze Gemeinde erwartete ihn im Wirtshaus — warf er seine Mütze auf die Erde und schrie zornig: „Nu iss's aus, rein aus! Die Eisenbahn? — Spac! Der Teufelschwanz kommt hinternach, Expropriation heißt er, und die Expropriation, wenn die überhand nimmt, ich sag nichts, ihr werdet's erleben, was draus entsteht!“

Die Nachbarn waren ganz erstaunt, es dauerte auch lange, ehe sie aus den verwirrten Reden Eichenfrieders flug werden konnten. Unterdessen hatten sie sich die Sache mit der Eisenbahn überlegt und waren zu dem Schluss gekommen, so schlimm könne es doch nicht damit sein, sonst wäre sie gewiß längst verboten, und kein Mensch gebe das Geld zum Bau her. Auch der Lehrer hatte sich alle Mühe gegeben, die Bergheimer aufzulüften und zu beruhigen. Als nun in einer Ecke eine bekannte vorwitzige Stimme rief: „Hoho! Hans wollte er heißen, würde die Bahn gebaut — nun wird gar ein Expropriationshans draus,“ brach ein allgemeines Gelächter los, und „Expropriationshans, Expropriationshans!“ schrien und jubelten die Nachbarn. Bis der Eichenfrieder zornig humpelte. Als ihm aber danach die Bauverwaltung sein ganzes Dammstruktur Gut abkaufte — der Bahnkörper mußte gerade über den Hof weggeführt werden, und die Grundstücke wurden zur Entwidrigung für weitere Expropriationen verwendet — und ihn so gut bezahlte, daß er auch seine Bergheimer Grundstücke sündfrei machen konnte, löhnte er sich mit der Eisenbahn der Expropriation, ja selbst mit seinem Namen aus — Expropriationshans heißt er heute noch!

Die Wasserhaus, die durch die Befreiung von ihren Kindern womöglich noch lieblicher geworden war, hielt dafür, nun sei die Zeit gekommen, sich für den Verlust des Hosenherre zu entschädigen. Eines Tages brachte sie einen verwilderten Gesellen ins Haus und erklärte, das sei ihr Kostgänger und Hausgenosse. Diesmal wußte sich Hans mit zu helfen, schußfertig ließ er zum Schulzen; als dieser jedoch den Bahnvertrag für hinauswerfen wollte, erklärte sie, andere Leute haben auch ihre Kostgänger — und Guat zum Trag behält ich den da bei mir!“

„'s ist Jammer genug,“ war die Entgegnung, daß ich der Heidewirtschaft so zulegen muß, aber im Hirtenhaus leid ich dies ein für allemal nicht. Entweder schick den Kerl fort oder raunt noch heute das Hirtenhaus

Bermögenszuwachses darstellt. In gewissem Sinne soll dieses Besitzsteuergesetz ausgebaut werden. Die erste Ergänzung ist die Einschließung der juristischen Personen in dieses Gesetz, die die Sozialdemokraten schon 1913 gefordert haben. Darin liegt eine Doppelbesteuerung, da das Vermögen auch bei der Ausschüttung an die Aktionäre ergriffen wird. Aber bei den Aktieninhabern löst sich der Gewinn vielfach in kleine Stücke, in Atome auf, und entzieht sich der Besteuerung fast ganz, und soweit wirklich eine Doppelbesteuerung eintritt, ist sie moralisch berechtigt, da das Einkommen aus dem Besitz von Aktien ein unerarbeiteter Gewinn ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Weiter soll auch der Besitz an Juwelen, kostbarem Schmuck, Kunstwerken und dergleichen herangezogen werden. Auch das haben wir früher schon erstrebt. Wenn man diesen Besitz freilassen wollte, so wäre das eine schreiende Ungerechtigkeit, geradezu eine Auflorderung zur Steuerhinterziehung. (Sehr richtig!) Eine dritte Ergänzung will, daß nicht nur das Vermögen berücksichtigt werden soll, sondern auch die Einkommensverhältnisse der Steuerpflichtigen. Beim Wehrbeitragsgesetz ist das mit Erfolg durchgeführt worden. Meine Partei würde billigen auch diese Ergänzung. Notwendig ist ferner, daß auch die förmlichen Personen und Familien in das neue Gesetz einbezogen werden. Darum ist schwer gekämpft worden. Beim Wehrbeitrag ist es gelungen, die Steuerpflicht der Landesfürsten in das Gesetz hineinzubringen. Die Regierung erklärte zwar, die Fürsten haben sich freiwillig dazu erboten, aber die Kommission und die Mehrheit des Reichstages standen auf dem Boden, daß die Landesfürsten prinzipiell steuerpflichtig sind, und es wurde in das Wehrbeitragsgesetz ein Passus aufgenommen, wonach die Bundesregierung die Instanzen zu bestimmen hat, die die Besteuerung der Landesfürsten in die Wege zu leiten haben. Wir bezürchten uns, die Steuerpflicht der Landesfürsten auch in das Besitzsteuergesetz hineinzubringen. Aber vor der dritten Lesung wurde sie wieder herausgebracht. Diesmal wird diese Steuerpflicht wohl aufgenommen werden von einer großen Mehrheit des Hauses. (Sehr richtig! bei den Soz.) Klüger daher die Reichsregierung die Steuerpflicht der Landesfürsten in der kommenden Vorlage von vornherein aussprechen, um uns erbitternde Kämpfe hierüber zu ersparen. In einer Zeit, wo jeder bereit sein muß, Opfer zu bringen für die Interessen der Gemeinschaft, dürfen sich die förmlichen Familien der Steuerpflicht auch nicht entziehen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Schatzsekretär nannte die Steuerpflicht lediglich eine Ehrenpflicht genau wie die Wehrpflicht. Hoffentlich wird die Reichsregierung nicht den Standpunkt aufrecht erhalten. Diese Ehrenpflicht gelte nicht für die Landesfürsten. (Beifall links.) Der Schatzsekretär hat ferner gesagt, die Besteuerung des Kindeserbes solle aus dem Gesetz herausfallen. Das hieße in das Besitzsteuergesetz ein Loch stoßen, das durchaus belägenswert wäre. Wer die Kämpfe um diese Bestimmung kennt, muß die Regierung dringend warnen, diese Kämpfe bei dem kommenden Gesetze neu zu eröffnen. Gegen diese Ansicht würden wir uns mit aller Energie wenden, wir sagten der Regierung schwerste Fehde an, wenn sie daran denken sollte, diese schwer erkämpfte Errungenschaft wieder aus dem Besitzsteuergesetz zu entfernen. (Beifall links.) Was wird nun aus dem alten Besitzsteuergesetz, da ja das neue, sein Ausbau, schon 1916 in Kraft treten soll. Wir hoffen, daß es eine dauernde Einrichtung sein wird. Es wäre das dann ein Reichsvermögens-Einkommens-Erbchaftssteuergesetz. Man könnte fragen, ob nicht daneben noch ein drittes Einkommenssteuergesetz geprägt werden soll. Aufgegeben haben wir diese Urfest nicht, denn die Reichseinkommenssteuer muß die Grundlage der Besteuerung sein. Das vorliegende sowie das im März kommende Gesetz wird über dem Deutschen Reich für das Jahr 1916 noch keinen Vennig Einnahmen bringen. Frühestens würde Steuer aus diesen Gesetzen vom 1. April 1917 ab eingehen. Wie will da die Regierung das Budget des nächsten Jahres ins Gleichgewicht bringen? Es sind große Ausfälle bei den Einnahmen zu verzeichnen, bei den Zöllen, den Verbrauchsabgaben, bei der Post und den Reichsseisenbahnen. Das Budget kann also nicht ohne neue Einnahmen ins Gleichgewicht gebracht werden. Es gibt ja nun den Ausweg, die Kriegsabgaben für Heer und Marine auf die Kriegsanleihen zu verlängern. Das darf aber unter keinen Umständen geschehen, denn es hieße, ordentliche Ausgaben mit Särgeln zu begleiten. Das fristig kommtlich auch für die Zinsen der Kriegsanleihen zu, die im kommenden Jahre erheblich Milliarden betragen werden. Diese Zinsen mit neuen Särgeln zu bezahlen, müßte zu einer vollständigen Zersetzung der Reichsfinanzen führen. Es müssen also neue Einnahmen geprägt werden. Der Schatzsekretär hat die Anleihevorausicht Englands einer Kritik unterzogen und gemeint, England habe größere finanzielle Schwierigkeiten als wir. Aber in einer Beziehung steht England doch besser. Es konnte seine Kriegsausgaben nicht ganz durch Steuern aufbringen, wie es sich im Untergang vielleicht eingebildet hat. Aber die Engländer haben

"Gern' reicht mir's, das ich aus der Hundeschnute her stammt, nun
erst reicht mir' was ich mögl'"

„Kopf um halben Nachmittag zog sie mit Sack und Pack zum
Kochfeuer. Heimreden liah ihr Haarschiffel nach und sagte „Gruß!
— Der Schuh hat's freilich hinter den Ohren, aber genug zu ver-
merken ist er nicht! Gruß! Das widerwärtige Kleiderstück müssen
mit los — die Eilenbahn ist doch für eins gruß!“

„Hier! Euch nicht zu früh!“ meinte Motzen. „Die kommt wieder, verläßt Euch dann!“

„Euch? — Wüßt Ihr das endlich wieder? — Wüßt es für ungut, Schätzchen, aber Ihr habt die Geisgall-List endlich nicht allein aufzuhören!“ Mit dieser großen Entzerrung ging er den Hohenheric

Ja freilich hat Schönbach nur noch für eines gut, niemandem
empfand dies Landvater als Grenz. Der Bürkner in der Grund-
welt ließ sie zur Art hingereicht, die Schäfer zu erjählen, weiter
nicht, mit dem Schönbach eingeschritten füllt ihm höhere Geschichten.
Und Schatz nahm den Gabelstab in die Hand, legte das Karten-
tuch über die Schulter, um sich in das Heer des Schönen ein-
zufinden. Die Straßen im Röntgenischen Grund der Erdboden durch-
mäanderten lange entzogen und wider erschüttern. Das war kein
Land für ihn! Es knüpfte mir ihm oft, als mache er gespenstisch
wandernd unter dem schmalen Gesträuch, Wind und Sonne brannten
ihm lippende Flecken in die Hände. Und kennst du wie er
nicht eine Minute stehen, bis sie nicht aus der Reihe treten, den
verstreutenden Rändern zu treten, die brennenden Hölle zu fühlen.
Schönbach geht hier, ausgelöscht im Sonnenbrand und Regen-
wetter, verschwunden — oder die Sage verläßt. Oft meint er,
nur will er schwärmen, aber der Gedanke es bestimmt nie
ihm endlich kann ihm die Schwestern, die Weidigkeit seiner un-
erschöpflich blieben, sprach er die Namen ihres Bruders, keiner fin-
det es bald wieder, und seines Vaters Freizeit vom Herzen herab alle
Glieder. Und die Mutter gab ihm Kusshilf, behielt die trübsame Ge-
fühl zu zeigen, keine Schmerzen, keine Schmerzen hielten einen Sohn
zu verbargen. Sie ist der Einzelheit, ob, wenn er etwas vor
Ihr errietet hätte möchte, segnet er für langsam auf einen Stein
am Weg und überließ sein jüngeres Sohn. Was los bricht, man
sagt auch die Mutter zu beschäftigende, ungewöhnliche Ruhe. Zum
Bergbauer segnet er einfach: „Wohin wir geschwommen,
nehmen wirnes Kind nicht in die Arme zurück!“ Die Jesse
und Leinwandgau Fuß's nicht, kann gesegnet füllt der Körper
mit der Zeit. Wart bei Tag und Nacht mit den Bergbauern,
unbeschwerter sterben, das ist eine Stunde, wie's kommt keine gibt.
Du möchtest nun neben Ränder liegen, denen jeder Schmerz zur
Zeitung wird; du möchtest mit Schläfern gekreuzt schlafen, die
Rosen riechen, doch kann nur Schön in den Gräber vermauert
werden und los los kann nicht mit Geschenk bestellt liegen, nach
zu liegen, soll man's mit der weißen Bande nicht verdecken —
dann Gott gründe einen, bei dem die wilden Sterne gegen ihn ent-
glühen, je einer von ihnen von der Zunge sieht, töte Lieder! —
Der Gott war ihm der Erste! Leiser Arbeit! Der Sohn war gut,
aber nicht so gut, und da gab Peters von Wittenberg gewis-
sen Gott, wodurch das Schöne Teile in dieser Welt von Menschen
zu Rose. Göttin war ein in Blütenhaar hing er eins Gesangs-
König, der singt und eine Kugel aus Stein macht.

noch nicht versäumt, daran zu denken, wenigstens einen Teil der Kriegsausgaben durch neue Steuern aufzubringen. Das englische Budget sieht eine Erhöhung der direkten Steuern um nicht weniger als 1 Milliarde 820 Millionen Mark vor. Weiter ist eine Einnahme aus Kriegsgewinnsteuern schon für das Jahr 1916 mit 600 Millionen Mark vorgesehen. (Hört, hört!) Man will doch bekanntlich die Kriegsgewinne ohne Unterschied der Höhe von 60 Prozent wegsteuern. Dieses Mehr an direkten Steuern von 2 Milliarden und 420 Millionen Mark ist ein nachahmenswertes Beispiel. (Sehr richtig!) Es würde uns von vornherein die Verzinsung der Anleihe Schulden decken und darüber hinaus eine ähnliche Summe für andere Bedürfnisse des Reiches bringen. England hat zwar auch die indirekten Steuern um 918 Millionen Mark erhöht, England hat aber keine indirekten Steuern auf das Massennahrungsmittel Brot, Fleisch usw., seine indirekten Steuern richten sich auf Gegenstände, die nicht so tief in die Haushaltung der Armen und Armut eingreifen wie bei uns. Dann kommt noch in Betracht, daß die englische Einkommensteuer erst bei einem Einkommen von 3200 Mk. einsetzt. Nach dem neuen Vorschlag sollte diese Grenze auf 2600 Mk. herabgesetzt werden, bleibt also immer noch höher als bei uns. Nur 11 Prozent der Bevölkerung sind in England einkommensteuerpflichtig. England hat also ein viel sozialeres Steuersystem als das Deutsche Reich, und eine Ausgestaltung unserer Steuern darf nur in dem Sinne erfolgen, daß wir unser Steuersystem ein viel sozialeres Gesicht bekommen. (Sehr richtig! links.) Um dem Reich schon 1916 neue Einnahmen zu verschaffen, haben wir unseren Antrag eingereicht. Wir verlangen darin eine erneute Erhebung des Wehrbeitrages. Eine neue Veranlagung des Vermögens hat die Regierung abgelehnt. Trotzdem halten wir es für möglich, den Wehrbeitrag zu erheben, es kommt nur darauf an, daß bei beträchtlichen Vermögensverminderungen die seit der Veranlagung vom 31. Dezember 1913 eingetretene eine entsprechende Entlastung geschaffen wird. Viele Personen sind aber auch seit dieser Zeit zu Vermögen gekommen und für diese verlangen wir die Pflicht, Erklärungen abzugeben, daß sie keinen Besitz eines steuerpflichtigen Vermögens sind. Das Reichsbesitzsteuergesetz hat ja auch solche nachträglichen Erklärungen vorgesehen. Man kann den erneuten Wehrbeitrag auch anders nennen, zum Beispiel Kriegssteuer oder, wenn man das Wort Steuer verbüschent, Kriegsbeitrag. Ein noch schönerer Name, gegen den wir nichts haben, wäre „Ehrenpflichtsbeitrag“. Dann wird jeder an erinnert, daß die Steuer im Kriege eine Ehrenpflicht ist, die die Wehrpflicht. (Sehr gut! bei den Soz.) Ich kann nicht sagen, daß für die wohlhabenden Schichten in diesem neuen Wehrbeitrag eine Härte liegen würde. Dem widerspricht das ländende Bild, das uns der Schatzkanzler von der Kapitalstruktur Deutschlands gegeben hat. Der kategorische Imperativ der Staatsbürgerpflicht und der Vaterlandsliebe, der nach Ansicht des Staatssekretärs in den gezeichneten Milliarden seine Triumpf feierte hat, sollte sich auch einmal bestätigen, wenn er nicht 10 Prozent verzinst wird. (Sehr gut! bei den Soz.) Millionschönen müßten, wenn sie auch Kriegsanleihe hätten ziehen können, sie müssen sich aber damit begnügen, mit dem Zins zu zahlen für die Kriegsanleihe. (Sehr wahr! bei den Soz.) Da man von den Minderbemittelten die Hingabe von Gesundheit und Leben erfordert, so kann man in solchen Zeiten auch von den Wohlhabenden die Hingabe eines beträchtlichen Teiles von Geld und Gütern um Schutz unserer nationalen Gegenwart und Zukunft verlangen. Die reichen Leute haben bis jetzt in diesem Kriege materiell noch nicht Not gelitten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Minderbemittelten tragen aber zu den übrigen Opfern noch die fürchterliche Sorge um ihre Eltern, die Leiden und Entbehrungen, die der Krieg auf das Notwendigste bedeutet. (Sehr wahr! bei den Soz.) Gerade im Berliner Westen kann man den schneidendsten Kriegszeit zu jähren einem Leben in Vergangenheit und größtem Elementen bedrohten. Wenn die Steuer selbst eine Härte bedeutet, so wird es nichts schaden, wenn auch die Reichen einmal die Not an eigenen Leib spüren möchten. Es ist lediglich eine Dantesschule, wenn sie sich bereit fühlen, jetzt wenigstens das zu zahlen, was in diesen Zinsen aus der Kriegsanleihe beziehen. (Sehr gut! bei den Soz.) Der Krieg macht die reichen Leute noch reicher und die Armen noch ärmer. (Sehr richtig!) Gegenüber dieser Verhöhnung der sozialen Gegenläufe müssen wir darauf hinarbeiten, daß durch tiegründige sozialpolitische Gesetze und wirtschaftspolitische Maßnahmen die Interessen der Mehrheit der Minderbemittelten in Zukunft ganz anders gewahrt werden wie bisher. Hier wird nun die Frage auftauchen, wie weit das Reich durch Aufhebung großer Monopole die Rüstungsindustrie, die Grubanlagen, die Versicherungssozien in Reichsverwaltung zu nehmen hat, um der Gemeinschaft die Mittel zu rufen, die zur Hebung des Kulturbraucus des Volkes notwendig sind. (Sehr gut! bei den Soz.) Dazu gehört auch ein sozialeres Steuersystem. Man darf nicht zwei mit neuen indirekten Steuern kommen. Das wäre das Ungenügendste, was geschehen kann. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir zeigen Ihnen einen Weg, er ist gangbar; technische Schwierigkeiten können nicht entgegengestellt werden, er ist gut und gezeigt, und darum bitten wir: Nehmen Sie diesen Antrag an. Sehr Gottlob bei den Soz.)

wollen die Struktur unseres öffentlichen Lebens aus über dem Krieg hinaus behalten und weiter pflegen. Daher bitte ich, die sozialdemokratische Resolution abzulehnen und die Idee für die Zukunft zurückzuweisen. Dr. David sprach wiederholt von dem Patriotismus gegen 5 Prozent bei der Bezeichnung der Kriegsanleihe. Ich weiß aber, daß meine Zeichner vielfach direkt Vermögensnachteile auf sich genommen habe, um überhaupt Kriegsanleihe zeichnen zu können. (Beifall.) Es heißt die große Leistung unseres Volkes verkleinern, wenn man hier immer nur die 5 % sieht und nicht den wirklichen Opfergeist. Die enorme Belastung, die der Krieg uns bringt, wird von uns getragen werden. Und nach dem Kriege wird sich der deutsche Patriotismus nicht nur im Anleihenzeichnen, sondern auch im Steuerzahlen zeigen. Diesen Patriotismus brauchen wir und er wird hoffentlich nie fehlen, sonst könnte man an der Zukunft unseres Volkes verzweifeln. (Lebh. Beifall.)

Abg. Dr. Stresemann (Natl.): Es ist nicht wahr, daß die Reichen noch reicher, die Armen noch ärmer geworden sind. Viele große Vermögen sind während des Krieges verloren gegangen und andererseits haben sich die Löhne vieler Arbeiter doch sehr beträchtlich gesteigert. Dem Vorschlag der sozialdemokratischen Resolution können wir nicht zustimmen. Praktische Erwägungen sprechen dagegen. Wir sind aber durchaus nicht abgeneigt, die Frage zu prüfen ob und wie weit der Wehrbeitrag weiter erhoben werden muß. Die Vorlage selbst entspricht einer gewissen Stimmung im Volke, die sich nicht gegen Firmen wie Krupp und dergleichen richtet, sondern gegen Kriegslieferanten, die vor dem Kriege gar nicht mit Handel und Industrie zu tun hatten, aber trotzdem zynisch Zwischen Gewinne eingesiedelt haben, die nicht berechtigt waren. Die Firma Krupp hat dagegen in hochherziger Weise den größten Teil ihrer Kriegsgewinne wohltätigen Zwecken zur Verfügung gestellt. Darin stimme ich Dr. David bei: es ist eine Ehrenflucht der Leute, die in dieser Zeit vom sicheren Port aus dem Weltkriege zugeschaut haben, dem Reiche zu geben, was des Reiches ist. (Bravo! bei den Natl.)

Abg. Gotthein (Bp.): Wir stimmen der Vorlage zu und sind auch nicht abgeneigt, weitere Raten des Wehrbeitrages zu erheben. Nur die praktischen Schwierigkeiten, die in der Kriegszeit der Veranlagung und Erhebung des Wehrbeitrages entgegenstehen, veranlassen uns zur Ablehnung der sozialdemokratischen Resolution, deren Gedanke unsere Zustimmung findet. Eine Deckung der ungeheuren Kosten nach Beendigung des Krieges ausschließlich durch indirekte Steuern halten auch wir für unmöglich. Notwendig ist eine einfache organische einheitliche Reform der gesamten direkten Steuern. Die Erfahrungen dieses Krieges bürgen dafür, daß das deutsche Volk auch nach dem Kriege die Kraft haben wird, durchzuhalten zu einer glücklichen, wirtschaftlichen und kulturellen Zukunft. (Bravo! links.)

Abg. v. Brodhausen (Kon.): Die vorliegenden Fragen dürfen nicht agitatorisch behandelt werden. Die kommende Kriegsgewinnsteuer darf nicht durch zu hohe Sätze konfiskatorisch wirken. Die sozialdemokratische Resolution lehnen wir aus prinzipiellen und praktischen Gründen ab. (Bravol rechts.)

Kaufsmatzsekretär Dr. Helfferich erläutert auf eine Frage des Vortredners, daß bei der Steuer auf die besondere Lage der Produktiv- und Einkaufsgenossenschaften Rücksicht genommen werde.

W. Martini (Ru) erklärt sich namens seiner Freunde für

Abg. Martin (Rp.) erklärt sich namens seiner Freunde für die Resolution der Kommission und gegen die sozialdemokratische Resolution. Bei Kriegslieferungen für Heer und Marine sollte ein Teil des Kaufgeldes zur Sicherung der Kriegsgewinnstzuer zurückbehalten werden.

Abg. Grether (Hgl zu Herrnsh. im v. i. g.): Die direkten Steuern dürfen für die Besserstuherten nicht zu einer Konfiskation führen, sonst kommen die Betriebe zum Stillstand, und das liegt auch nicht im Interesse der Arbeiter.

Abg. Schäffer (Natl.): Eine Steuer kann keinen Unterschied machen zwischen berechtigten und unberechtigten Gewinnen. Die unumstrittenen Gewinne müssen durch besondere Gesetze gefahrt

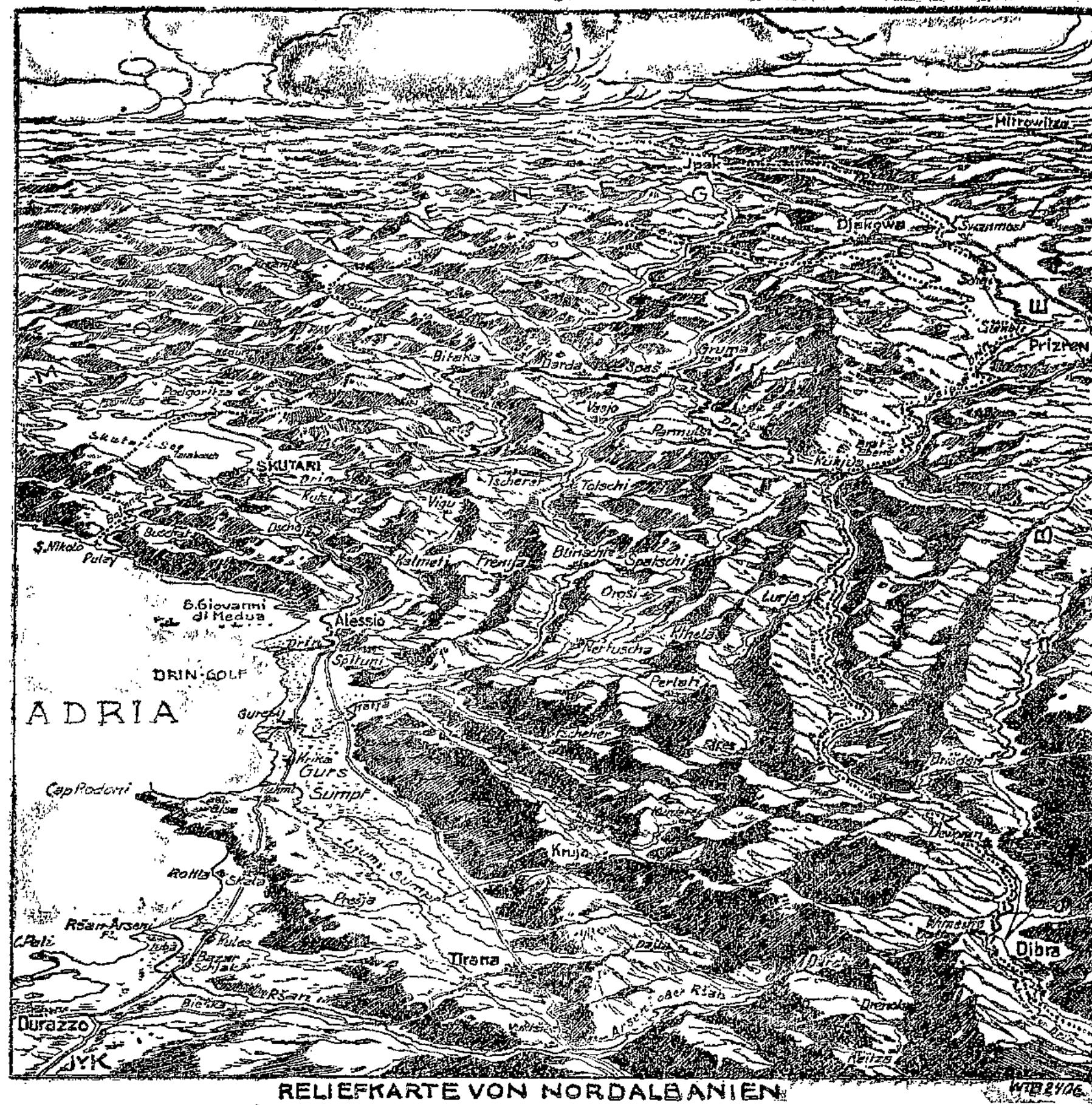
Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisco: Die an sich sehr sympathische Nutzbarmachung der unlauteren Gewinne für das Reich kann nicht mit dem Kriegsgewinnsteuergesetz verknüpft werden. Es wird überhaupt sehr schwierig sein, diese Aufgabe zu lösen. Selbstverständlich werde ich aber versuchen, den Gedanken der Resolution gelegentlich zu fassen.

Stellvertretender Kriegsminister v. Wandt: Die Zahl der unlauteren Kriegslegeranten ist keineswegs sehr groß.
Thg. Größer (Zentr.): Es kann nicht so schwer sein, wie der Staatssekretär meint, die unlauteren Gewinns auch wirklich

Th. Högl (Soz.): Der Abg. Henzl zu Herrnsheim hat ver-

Aug. 30. (S. 1.). Bei ausg. Zeit. da Zuschriften, daß er sich, die Aufruhrssamkeit von unserer Resolution damit absulen- den, daß er sich gewaltig über unsere allgemeine Steuerreform erfreute. Nach dem Kriege werden wir so eingehende und leb- hafte Kämpfe über die allgemeinen Steueraforderungen der ver- schiedenen Parteien haben, daß er gewiß auf seine Rechnung kom-

men wird. Jetzt haben wir besseres zu tun. Der Staatssekretär hat gerade mit Rücksicht auf das, was jetzt geschehen muß, es abgelehnt, auf unsere Resolution einzugehen. Unsere Resolution betrifft aber gerade die Arbeit, die jetzt erledigt werden muß, und die, wenn sie jetzt versäumt wird, gar nicht mehr nachzuholen ist. Es handelt sich dabei um die Frage, welche Steuern im März nächsten Jahres zum Ausgleich des Reichshaushaltungsplans vorgelegt werden sollen. Der Schatzsekretär sagt, warten Sie doch ab, im März wollen wir uns über die Steuern auseinandersetzen. Gewiß, über die Grundzüge muß entweder jetzt entschieden werden oder wir stehen noch vor vollendeten Tatsachen, nämlich die Frage, ob es direkte Steuern sein sollen, die die reiche Bevölkerung im wesentlichen zu tragen hat, oder ob man die Lasten durch indirekte Steuern, Verkehrssteuern usw. wiederum auf die Schultern der ärmeren Bevölkerung legen will. Ich erinnere Sie an die Vorgänge der letzten Finanzreform, wo es sich ja nur um 500 Millionen handelte, eine ganz bescheidene Summe im Verhältnis zu den Summen, die heute in Betracht kommen, und um eine Zeit, als unser Volk auf der Höhe seiner Kräfte stand, während es jetzt schon die allergrößtmöglichen Opfer auch so bringen muß. Im März müssen wir die Vorlage, die uns vorgelegt wird, im wesentlichen nehmen, zur Ausarbeitung neuer Steueroordnungen fehlt uns dann die Zeit und die Ruhe. Darum müssen wir uns jetzt darüber einverständigen, welcher Art die Vorlage sein soll. Der Umstand, daß der Staatssekretär vermieden hat, auf die Sache einzugehen und die Gründe, die er gegen unsere Resolution vorbrachte, sind leider geeignet, die große Masse der Bevölkerung auf das Allerhöchste zu beunruhigen. (Sehr wahrhaft bei den Soz.) Er sagte, wir müssen doch erst überblick über die Verhältnisse haben. Den Überblick, der hier notwendig ist, darf er schon. Er muß sich schon jetzt sagen, daß gar nicht daran zu denken ist, dem arbeitenden Volk in irgend welcher Form neue Lasten aufzuerlegen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das Großkapital wird immer mächtiger, der Mittelstand verschwindet und die übrige Bevölkerung kommt in eine geradezu unerträgliche Lage nach dem Kriege, nicht nur dadurch, daß das Wirtschaftssieben in mancher Beziehung gehemmt sein wird, sondern auch durch die ungeheure Leistung, die uns im wesentlichen für absehbare Zeit nach dem Kriege bleiben wird. Es wird daher der Vereinigung aller Kräfte und der größten Arbeit bedürfen, um die Lage des arbeitenden Volkes einigermaßen erträglich zu machen. Daher muß es von vornherein ausgeschlossen sein, daß wir im März noch weiter die Lasten vergroßern, die auf den Schultern des Arbeiters jetzt ruhen. Es muß unsere Aufgabe sein, das arbeitende Volk zu entlasten, aber nicht noch mehr zu belasten. Es liegt im eigenen Interesse der Regierung, daß der heutige Tag nicht vorübergeht, ohne daß klar und klar erklärt wird, daß an indirekte Steuern nicht gedacht werden kann. Alles andere ist Nebensache. Wie die Steuer im einzelnen geregelt wird, bedarf eingehender Erwägung. Mit den Schwierigkeiten der Durchführung unseres Antrages soll man uns nicht kommen in einer Zeit, wo unser Volk so gewaltige Aufgaben im Dienste des Vaterlandes zu erfüllen hat. Ich bitte den Herrn Staatssekretär dringend, auf unsere Forderung eine andere



RELIEFKARTE VON NORDALBANIEN

Millionen von Menschen verlangt wird, die klare Erklärung, daß nicht daran zu denken ist, daß das deutsche Volk mit neuen indirekten Steuern belastet wird. Spricht er dies Wort heute nicht, so würde das eine ungeheure Beunruhigung in die Massen des Volkes bringen. (Zustimmung bei den Soz.)

Reichsminister Dr. Helfferich: Der Abg. Hoch wirft mir vor, daß ich große Beunruhigung in das deutsche Volk getragen hätte. Nein, Herr Hoch, das haben Sie soeben getan. (Läch. Sehr richtig!) Ich habe kein Wort davon gesprochen, daß während des Krieges die notwendigen Lebensmittel durch indirekte Steuern belastet werden sollen. Die einzige Steuer, von der ich sprach, ist die Kriegsgewinnsteuer, die eine außerordentlich erweiterte und verschärzte Reichsvermögenssteuer bedeutet. Natürlich werden wir während und nach dem Kriege nicht mit einer einzigen Steuerquelle alles Notwendige befriedigen können, ich habe aber das Vertrauen zu den deutschen Arbeitern, daß sie sich den Staatsnotwendigkeiten nicht entziehen und ebenso wie sie im Schützengraben mit den Unteroffizieren und Leutnants zusammengefäßt haben, mit uns auch kämpfen werden, um das Vaterland zu erhalten. (Beifall.) Die Versicherung kann ich geben: an die notwendigen Fahrungsmittele werden wir während des Krieges nicht herangehen. (Beifall.)

Abg. Graf Westarp (Kons.): Es ist sehr schwierig, festzustellen, was „übermäßige“ Verdienste sind. Es muß verhindert werden, daß durch das Gesetz ein gewissenloses Denunziantentum geziichtet wird.

Abg. Münni (Wirth. Bgg.): Heute ist es sehr friedlich hergegangen. Hoffentlich zeigt sich dieselbe Einigkeit auch bei der Beratung des definitiven Gesetzes.

Abg. Dr. David (Soz.): Ich habe keineswegs den Zeichnern der Kriegszeit einen moralischen Vorwurf gemacht, sondern nur den kategorischen Imperativ der Pflichterfüllung auch in Anspruch genommen für die Übergabe von Gut und Blut ohne 5 Prozent. (Sehr gut! bei den Soz.) Gegen den Wehrbeitrag wird angeführt, daß die Gemeinden durch ihre Steueraufschlagn schon Kriegssteuern erheben. Diese Zuschläge treffen aber auch die Allerarmsten. Wir wollen die Henne mit den goldenen Eiern nicht schlachten, aber Federn soll sie lassen, die sie reichlich entbehren kann. (Heiterkeit und Beifall bei den Soz.)

Abg. Höch (Soz.): Ich habe mich lediglich dagegen gewendet, daß der Staatssekretär überhaupt nichts über neue Steuern gesagt hat. Er weiß doch genau, daß die Kriegsgewinnsteuer für das Jahr 1916 nichts abwerfen kann. Anstatt Farbe zu bekennen, lenkt er also von der Sache ab. Ich weise entschieden die Mahnung an uns, nicht Unruhe zu stiften, zurück. Beherrzigen Sie die Mahnung, geben Sie dem Volke Ausklärung darüber, mit welchen Steuern es zu rechnen hat. Wenn Sie weiter schweigen oder unsere Aufmerksamkeit von der Sache abzulenken versuchen, sind wir verpflichtet, der Wahrheit die Ehre zu geben.

Reichsminister Dr. Helfferich: Mit seinem Mittel Ihrer Überredungskunst, Herr Abg. Hoch, werden Sie mich dazu bringen, hier Mitteilungen zu machen über Dinge (Werke b. d. Soz. Münche), über die die verbündeten Regierungen noch nicht geschlossen haben. Notwendige Lebensmittel des Volkes haben wir in diesem Kriege nicht belastet, sondern entlastet, und wir werden sie auch weiterhin nicht belasten. Wenn Sie sich allerdings auf den Boden stellen, daß jede indirekte Steuer und Verleihsteuer eine Belastung der breiten Massen bedeutet — auf dem Boden können wir überhaupt nicht diskutieren. Der Bevölkerung muß klar gemacht werden, daß große finanzielle Ansprüche an sie herantreten, und daß es unmöglich sein wird, alles aus einer Steuerquelle zu befriedigen. Die Vorlage, die im März kommen wird, muß als Ganzen betrachtet werden im Zusammenhang auch mit dem, was in den Einzelstaaten und Kommunen geschieht. (Beifall.)

Damit schließt die Generaldiskussion. Die einzelnen Vorträge des Geistes werden nach kurzer Debatte über juristische Einzelheiten in der Kommissionssitzung angenommen, ebenso die Resolutionen der Kommission. Der Antrag Albrecht wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Hieraus wird das Gesetz sofort auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Kriegsaufgaben der Reichsbank.

Die Kommission beantragt, den Gewinn der Reichsbank in den Kriegsjahren 1915 und 16, soweit er den durchschnittlichen Reingewinn der letzten drei Friedensjahre übersteigt, zu drei Vierteln (statt zur Hälfte, wie die Regierungsvorlage wollte) an das Reich fallen zu lassen.

Abg. Keil (Soz.): begründet einen Antrag der Sozialdemokraten, den vollen Gewinn der Kriegsjahre, soweit er den durchschnittlichen Reingewinn der letzten drei Friedensjahre übersteigt,

Alles ruht nach Heu. Die Wiese ist nah. Feuer lohen auf. Die Feldblüte dampft. Auf der andern Seite der Straße liegt eine ungarische Batterie. Man hört Gesang. Kühe brüllen. Ruh hin und her. „Hosen lassen!“ „Jahnen schmeid!“ — Die Herden tragen auf dem Rücken Berge von Heu. Die andern bringen im Arme spärliche Mengen und müssen drei und viermal gehen. Endlich sieht alles um die dampfende Feldblüte und ist Gruppenuppe auf einem halben Ochsen getötet, die, fleißig, mit großen Fleischsäcken. Danach heissen Kaffee, Brot und Schmalz.

Der 1. November. Kälte. Nacht. Auf den Hosentränen unseres Wagens. Zu der Landdecke zwei Löcher. Wolf zu meinen führen. Einmal gegen 2 Uhr aufgesperrt und Kurzgang. Nach etwas heller als die vorige. Bergimme. Feuer. Zwei Wachtposten. Draußen die Ungarn spielen Karten. Von den Pferden standen zwei. Alle anderen wie tot. Aus den Wagen Schnarchen und einmal Schreie und Weinen — im Traum. Heute 20 Kilometer zurückgelegt. Der Weg immer schlechter. Ein Berg von drei Stunden Aufenthalt. Die Leute unermüdlich. Immer zuerst um die Pferde besorgt. Einige Pferde haben ihre Geschichte — von Lothringen bis Ville, von Brest-Litowsk nach Belgrad. Immer, wenn ein totes Pferd am Wege liegt, liegen unsere zwei Schimmel neugierig die Köpfe nach der Seite.

Heute 700 Gefangene. Von wo, wissen sie nicht. Seit zwei Tagen ohne jede Nachricht, was vorne und hinten passiert. Unter den Gefangenen Knaben von 14 und 10 Jahren, alte braune Türken mit rotziger Pez, viele krank und blid. Das erste deutsche Grab am Wege. Mit flüchtig aus gebrochenen Westen gezimmertem Kreuz.

Wir kommen auf die Wasserscheide von Levenica und westlicher Morava. Vom Paz aus weite Sicht nach vorne und hinten. Die Spitzen der Berge tragen Schnee. Wir holpern ins Tal der Gruga hinab. Ein paar Verwundete kommen. Wieder Flüchtlinge. Wieder tote Pferde. Niemand schafft sie fort. Keiner hat Zeit. Alles vorwärts. Die ganze Strecke hinter und vorne eine langsam schlepende, ziehende, kriechende Kette — von weißen Plaudeden.

Nachmittag früher als gestern Raft. Über die Wiese noch nasser. Bei jedem Schritt tief im Schmutz. Und nur wenig Heu zu tragen. Die Leute müssen eine halbe Stunde weit laufen. In der Straße ein Stall. Zwei Zigeunerfamilien. Sie tönen Kuhpanzer, den sie in Stücke zerren. Sie betteln und jammern. Ich gebe Ihnen Geld. Sie jammern weiter. Plötzlich höre ich ein Grunzen und Quielen in der Ecke des Stalles. Unter einem Haufen von Lumpen gräbe ich ein Spannerfell aus, das das Völkchen gefangen und verborgen hat.

Heute sind unsere Fahrer nicht lustig. Alles nah und kalt — und weder für Menschen, noch für Pferde ein warmes Lager. Da zu beginnt ein ferner Regen. Schweigend sieht alles um die dampfende Kühle. Stubensuppe auf der anderen Hälfte des Ochsen gekocht, gleich gut, gleich fleißig, wie gestern. Man hört ein beständiges Schlürfen und Schöhnen. Plötzlich aus dem Dunkel ein verbundener Kopf. Zwei, drei andere folgen. Sie treten an die Kühle, wünschen guten Abend und bitten um etwas Essen. Die Verwundeten kommen zu Fuß von Kraljevo. Der Koch aus Chemnitz füllt ihnen einen gezeichneten Topf. Sie ergänzen von den Kämpfen im Ibar-Tal. Alles hört. Über es kommen immer mehr — 10, 20, höchstlich sind es an 100 Leichtverwundete, die um Essen bitten. Auch einige Offiziere sind unter ihnen. Nun wird es trist. Unsere Fahrer müssen auf ihre zweite Portion verzichten. Ob nicht alle Fahrer gegessen haben, kann kein Fremder etwas bekommen. Grausame Notwendigkeit. Die Verwundeten liegen um die Kühle. Ihre horrenden Gesichter vom gelben Licht der Stellampe schwach überleuchtet. Als der letzte Fahrer fertig ist, wird der Rest unter die Verwundeten verteilt. Jeder ein Naschfaden voll, jeder ein Stückchen Fleisch. Die Fahrer sind nicht satt. Sie schwitzen, aber sie müssen nicht. Wie groß ist Mobilitätigkeit, die nicht aus Nebensatz kommt. Über auch der Kaffee muß getrunken werden! Die Fahrer trinken schweigend. Der Regen fällt leise, aber ohne Pause. Es sind alles Leichtverwundete, aber nach dem Marsch sehen sie elend aus. Nun müssen sie noch ein Lager haben. Einige Fahrer stellen ihren Wagen mit zur Verfügung. Das genügt nicht. Alle Fahrer werden zusammengetragen. Der Transportführer bittet sie. Trotz Müdigkeit und Regen und halben Hungers gehen sie noch einmal eine Stunde weit und holen aus der Nacht, was sie an Heu und Maisbüsche finden. Ohne Mutter. Über schwiegend und ohne Scherze. Schließlich liegt alles in den Wagen, unter den Wagen, unter Zeltbahnen. Um Feuer sitzt eine Gruppe und erzählt von den Kämpfen im Ibar-Tal.

Mittwoch, den 17. November. Furchtbares Aufwachen heute morgen. Ich schlaf in einem Pferdestall am Boden. Gegen 4 Uhr weckt mich der Burlse. Der ganze Stall stand unter Wasser. Decken, Mantel, Gepäck, alles triefen — ich selber bis auf die Haut durchnäht — meine Brille in der Ecke eine Handtischt im schmutzigen Schlammwasser. Boller Esel laufen mir, bis es hell wird, im warmen Nachbartal der Fernsprechkette. Heute liegt der Schnee einen Fuß tie. Die ganze Nacht hat es geschneit. Alle Verwundeten sind in die Wagen gestlüftet. Die Pferde zittern und worteten schäsig, bis sie anziehen konnten. Das Tal der Gruga ein weißes Bett. Von den hellen Kuppen der Berge hebend sich dunkle Wälder ab. Aber sie sind dünn wie die Haare eines Greises (Schlechte Forstwirtschaft der alten Türken). Gegen Mitternacht weiter sich das Tal. Links verschneiter Wegweiser nach Zulosedac. Draußen müssen die weißen Kuppen des Jeljin austrocknen. Aber alles ist verschneit und voll Nebel und Wolken. Wir waten durch Schneeschlamm; heute der längste Marsch — 25 Kilometer. Plötzlich links am Wege aus Rebelsgras die breite braune reißende Morava (die tschechische, nicht die bulgarische). Woff fragt dreimal nach dem Namen. Er spricht ihn mit falscher Betonung nachdrücklich vor sich hin, indem er ab und zu von seinen müden Schimmeln hinüberblickt in das schmutzige Gequirl, in denen Sträucher und Stämme schwimmen. Wolff war vor vier Wochen noch Küchler bei einem Schlachter in Leipzig.

Kurz vor Kraljevo über eine alte schwankende Holzbrücke. Infanterie steht um eine Feldküche. Die Leute mit Zelten und Decken um die Schäften. Unter einem verschneiten Baum hängt ein halber Ochs (totes Fleisch in weißem Schne). Endlich auf langer über Straße vorwärts bis an die ersten Häuser von Kraljevo. Rechts der Bahnhof — voll von Säcken, Tonnen, Wagen, Tragieren. Die Straßen wimmeln von deutschem und fr. Militär. In den Ecken schon überall deutsche Straßennamen. Kleine, weiße und rote, gelbe Häuser. Viele Wachstürmergesichter. Ein paar großstädtische Damen. Straßeneinrichtungskolonne. Auf dem runden Marktplatz, von dem über Hauptweg abgehend, brennen die Wachstürme. Wir halten vor dem Proviantamt und laden ab. Dann suchen wir Quartier.

Nach zwei Stunden ein Lager in einer Kuhle entdeckt. Alles überfüllt von Militär und Flüchtlingen (aus Belgrad, Bogovac und Kragujevac — meist wohlhabend). Hier sitzt ich am Küchenstiel. Nebenan in einem Zimmer ein Mann, sechs Frauen und zwei Kinder. Wir trocknen unsere Sachen über dem toten Ofen. An den Wänden hängen Schweinsköpfe — man dörrt sie und kocht Suppe daraus. Draußen regnet es. Ich holte eben mein Gepäck von Wolff. Die Kolonne hat kein Quartier bekommen. Die Pferde und Wagen standen auf einer Wiese vor der Stadt — im tiefen Schmutz. Wolff versuchte trotzdem ein Heulager für die Schimmeln zu bereiten. Die Kolonne bricht morgen früh auf — wieder zurück nach Kragujevac auf dem Wege der toten Pferde. Ich werde sie nie vergessen, diese Küchler und Knechte, diese jungen Menschen mit den schmalen Gesichtern und Brillen, die alle so harde Arbeit leisten. Einer sagte mir gestern abend, daß er Bankbeamter und seit zehn Wochen verheiratet sei.

Dr. Adolph Köster, Kriegsberichterstatter.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Kupferschmiedeverband zahlt seit Kriegsbeginn an die Kommissionen der Unterfinanzien. Jeder Monat den Frauen 9 und den Kindern 2 Mark, dann 6 und 1,50 Mark. Bis jetzt hat der Verband für diesen lobenswerten Zweck 187.000 Mark.

verausgabt. Außerdem werden aus Lokalkassen Mittel ständig gemacht, um den Familien und den Mitgliedern im Felde eine Freude bereiten zu können.

Ein Reichsarbeitsvertrag im Korbmachergewerbe wurde zwischen dem Vorstand des deutschen Holzarbeiterverbandes und dem Verbandes selbständiger Korbmacher Deutschlands unter Mitwirkung von Vertretern der Unternehmer und Arbeiter aus den namhaftesten Korbmacherorten geschlossen. Er gilt sowohl für Geschäft wie Heisekörbe und sieht für Geschäftskörbe 3 Lohnklassen vor, um die örtlichen Verhältnisse auszugleichen und die Tarif-Einführung zu erleichtern. Der Arbeitslohn gilt für Männer und Frauen jeden Alters, wenn gleich gute Arbeit geleistet wird. Arbeiter oder Arbeiterinnen unter 15 Jahren dürfen nicht als Heimarbeiter beschäftigt werden. Auch dem Heimarbeiter muss der Tariflohn bezahlt werden. In der Heimarbeit ist 56-stündige Arbeitszeit und 30 Pf. Minimalschuh vorgesehen. Da bisher gerade bei den Geschäftskörben unerhörte Preisdrückerei herrschte und die damit beschäftigten 50 000 Arbeiter und Arbeiterinnen grober Ausbeutung ausgezogen waren, während die Unternehmer Riesenprofite einheimsen, ist der Vertrag sehr zu begrüßen. Erwidert doch die Militärarbeiter auf ein früheres Schreiben des Holzarbeiterverbandes, sie könne den Unternehmern nicht zur Pflicht machen, die vereinbarten Löhne zu zahlen. Mit Recht hebt deshalb die „Holzarbeiter-Zeitung“ hervor, es sei jetzt Sache der Gewerkschaften, den Tarif durchzuführen und ihm Seife und Leben einzuhauen, damit er nicht ein bloßes Stück Papier bleibe.

Die Arbeiter-Sekretariate im Jahre 1914.

In der Nummer 51 des Correspondenzblattes der General-Kommission werden die Erhebungen über die Arbeiter-Sekretariate im Jahre 1914 veröffentlicht. Die Einwirkungen des Krieges machen sich auch bei dieser Erhebung gütend, obgleich nur 5 Kriegsmonate neben 7 Friedensmonaten in Betracht kommen. Die Zahl der Sekretariate ist nicht kleiner geworden, es wurden im Gegenteil im Jahre 1914 9 Sekretariate neu errichtet, fast alles Bezirkssekretariate, deren Errichtung zu einer Notwendigkeit dagegen wirkt, dass in vielen Fällen jetzt der Sektor nicht mehr zulässig ist. Die Oberversicherungsämter entscheiden angemessen, und dies macht mündliche Vertretung vor ihnen erwünscht. Es sind jedoch auch einige Sekretariate so vom Krieg in Misere gesetzt worden, dass sie entweder eingegangen sind, oder dass sie keinen Bericht geben konnten. Es beträgt deshalb die Zahl der berichtenden Sekretariate 130 gegen 129 im Jahre 1913. Die Gesamtzahl der Auskunftsbehörenden ist gegen das Vorjahr etwas zurückgegangen. Sie beträgt 617 461 gegen 683 890. Die Auskunftsbehörenden haben sich demnach um 66 429 verringert. Wie steht hier der Krieg eingewirkt hat, geht daraus hervor, dass die Zahl der männlichen Besucher um 73 467 sank, während die der weiblichen Besucher um 32 911 stieg. Dies zeigt, dass in außerordentlich vielen Fällen an Stelle der einberufenen Männer deren weibliche Angehörige das Sekretariat ausüben. Wie es in der Natur der Sache liegt, stellten die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Mehrzahl der Besucher, 450 724 oder 67,07 Prozent.

Auskünfte sind im ganzen 692 590 erteilt worden. Sie haben sich um 33 302 verringert. Natürlich verteilt sich diese Verringerung nicht auf all die Gebiete der Auskunftsverteilung. Auf manchem sind sie sogar ganz erheblich gesunken. So stiegen z. B. die Auskünfte über das Militärwesen von 8443 im Jahre 1913 auf 21 451, wobei noch nicht einmal die Auskünfte eingeschlossen werden sind, die bedingt waren durch die vielen Anfragen über die Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer, die nicht weniger als 18 680 Auskünfte notwendig machten, sodass im allgemeinen die Auskünfte, die das Militärwesen mit sich brachte, sich um 34 088 verweigerten. Auch aus dem Gebiete der Arbeiterversicherung zeigten sich interessante Verschiebungen. Auskünfte über Unfallversicherung wurden im Berichtsjahr 15 074 weniger als im Jahre vorher erteilt. Die Zahl fiel von 117 211 auf 102 137, während die über die Krankenversicherung von 40 711 gestiegen ist auf 48 287. Diese Verschiebungen erklären sich daraus, dass nach Kriegsausbruch die Berufsgenossenschaften auf Erwerben des

Reichsversicherungsamts zunächst mit Rentenkürzungen zurückhielten, während andererseits die die Krankenversicherung betreffenden Gesetze vom 1. August 1914 eine derartige Verschiebung brachten, dass sich daran ohne weiteres die Steigerung der Anfragen erklärt.

Schriftsätze sind 180 381 angefertigt worden. Auch hier hat sich die Zahl etwas verringert, obgleich allein auf dem neuen Gebiete der Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer 7812 Schriftsätze angefertigt wurden. Auch die persönlichen Beziehungen sind etwas geringer geworden, 6178 gegen 6717. Die Minderung entfällt fast ausschließlich auf die Vertretungen vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, die von 1378 auf 796 heruntergegangen sind.

Auf das Kassengebühren der Sekretariate hat der Krieg natürlich auch eingewirkt. Dies ist nur illustriert an den Zuschüssen, die die Generalkommission geleistet hat. Im Jahre 1913 leistete diese an 8 Orten Zuschüsse in Höhe von 17 260 M. Im Jahre 1914 musste sie an 20 Sekretariate mit insgesamt 34 129 Mark Zuschüsse geben, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass bei den Bezirks-Sekretariaten die Zuschüsse von vornherein in Betracht gewogen waren.

Erwähnt mag werden, dass das Sekretariat in Frankfurt a. M., das seither beständig an erster Stelle gestanden hat, im Berichtsjahr an die zweite Stelle gerückt ist. Es ist überholt worden vom Arbeiter-Sekretariat Berlin, das 35 110 Auskünfte erteilte, während in Frankfurt 30 533 erteilt wurden.

Auskunftsstellen der Gewerkschaftskartelle haben nur 117 gegen 232 im Vorjahr berichtet. Hier hat der Krieg stärker eingewirkt, als bei den Sekretariaten. Die Zahl der von ihnen erteilten Auskünfte sank auf 42 229, wobei zu beachten ist, dass die schließenden Auskunftsstellen zumeist bis zum Kriegsausbruch oder bis zur Einberufung der Auskunftsbehörenden noch tätig waren, ihre Auskünfte aber nicht mitgezählt werden konnten, was wohl Vergleich mit dem Vorjahr nicht möglich sind.

Aus dem Gerichtssaal.

26 Millionen Mark Geldstrafen. Nach einer Verhandlungsdauer von fast 4 Wochen ist Sonnabend in Bonn der Prozess wegen Hinterziehung der Brannweinsteuer zu Ende geführt worden. Das Urteil lautet gegen den Brennereibesitzer Hötticher in Eitorf wegen Hinterziehung in drei Fällen auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis, 13 316 813 M. Geldstrafe und im Unvermögensfalle auf eine Zusatzstrafe von 18 Monaten Gefängnis, wobei ein Jahr drei Monate der Untersuchungshaft angerechnet wurden; gegen den Kaufmann Jansen in Eitorf auf acht Monate Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft als verfügt erklärt wurden, und auf 3 024 92 M. Geldstrafe oder sechs Monate Gefängnis und gegen den Brennereibesitzer Lubanski in Homberg wegen Hinterziehung in zwei Fällen auf einen Monat Gefängnis und 4 818 104 M. Geldstrafe oder ein Jahr Gefängnis.

Aus Nah und Fern.

Die Butterkarte in Berlin. Um dem „Einhamstern“ der Butter Einhalt zu tun, soll in dieser Woche in Berlin die „Butterkarte“ zur Einführung kommen. Auf Grund dieser Karte soll die Haushalt nur eine bestimmte Menge Butter erhalten; die durch Stempel auf der Karte quittiert wird. Der Stempel ist in anderen Buttergeschäften zu respektieren. Wie groß die zur Verfügung stehende Menge Butter sein wird und in welchen Zwischenräumen neue Butter erhältlich ist, darüber finden gegenwärtig noch nähere Beprechungen statt. — Den Einheitspreis für inländische und ausländische Butter hat der Berliner Magistrat auf 2,68 Mark für das Pfund festgesetzt. Es ist aber beachtigt, den Verkäufern inländischer Butter die Verpflichtung aufzuerlegen, den Betrag, den sie nicht erhalten, der Groß-Berliner Zentralstelle zu zuführen, die dann dieses Geld dazu verwendet, um ausländische Butter anzukaufen, die ja bekanntlich nicht zu unseren inländischen Preisen zu haben ist.

Infolge einer bei uns angebrachten Beschwerde bitten wir um sofortige Benachrichtigung, falls die von uns gegebene Feurung nicht im vollen Gewicht geliefert werden sollte.

Boles Arenz, Abt. IV
St. Annenstr. 3. 5127

Ragoda
wascht unverzerrt.
Es ist im Gebrauch bedeutend billiger als Seife. 2975

Auf Weihnachtsmarkt dem gegenüber der Post echte Thüringer Rost-Brauwurst mit Kartoffelsalat, ff. Kartoffelpuffer mit Obatzus. (5142)
Fr. Freitag, Gioxinstraße.

Heinz Schmitz
Uhrenmacher u. Goldwaren
Ob. Johannisstraße 20.
Uhren, Ketten, Armbänder, Ringe usw. usw.
Träger, Gold- und Silberwaren, Operngläser, Badezimmerspiegel usw. an.

Deutsch-Polnisch.
Sprachkurs für Polnischlernende
Preis 15 Pf.
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

Kleine Menschen in großer Zeit. Unter dieser Überschrift schreibt die „Post“: Ein wohl einziger dastehender Fall einer Schöffengerichtslage kam in Detmold zur Aburteilung. Auf der Anklagebank saß ein sechsjähriges Kind, und das Kind verlor beständig darin, dass das Kind einer älteren Frau sage und schreibe einen Apfel aus dem Korb genommen haben sollte. Die „bestohlene“ Frau ist mit der Mutter des Kindes vereinfnet und hatte Strafanzeige erstattet, worauf das Kind sich wegen Übertritt des Felds und Polizeigreizes zu verantworten hatte. Das Gericht konnte aber eine solche nicht feststellen, ebenso wenig Eisenstahl und auch keinen Wundraub, weil das Kind nicht strafmündig war. Es wurde daher auf Freispruch erkannt und die Kosten der Staatskasse auferlegt. Man kann schwer begreifen, wie eine solche Anklage, weniger noch, wie überhaupt ein Gründungsbeschluss zur schöffengerichtlichen Verhandlung möglich war.

Ein Notchrei aus Nordböhmen. Der „Wiener Arb.-Ztg.“ wird geschrieben: Wann kommt die rettende Tat? Tausende und Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen arbeiten infolge Belegschaftnahme der Wolle und Baumwolle mit verkürzter Arbeitszeit, viele Tausende sind schon gänzlich erwerbslos. Schöne Worte sind schon viel gesprochen worden. Schöne Worte hat der Präsident des Nordböhmischen Industrieverbandes gefunden. Der Verband habe sich schon mit der Frage beschäftigt, der Arbeiter, der nicht mehr beschäftigt werden könnte, würde eine Unterstützung von einer Krone im Tage bekommen, für jedes Kind sollen 50 Heller gezahlt werden. So könnten wir hören. Und wie ist es in der Tat? Die meisten Unternehmer trachten die Entbehrlich, loszuwerden. Im Warnsdorf-Rumburg-Schindauer Gebiet haben schon vier Spinnereien ihre Pforten geschlossen. Immer neue Entlassungen kommen vor. Die Leute wissen nicht, was mit ihnen in der Zukunft geschehen soll. Keine Entschädigung wird denjenigen Arbeitern gezahlt, die mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten. Die Gemeinden, die Bezirkschäftsleute nehmen die ganze Sach' zu leicht. Auch die Unternehmer verzögern die Arbeit auf die Hilfe der Regierung. Die Arbeiter können dies aber nicht begreifen. Immer und immer wieder fragen sie sich: Wann kommt die rettende Tat?

Literarisches.

„Zugen im Kriege.“ Ein zweiter Band dieser vom Geistlichen Franz Diederich für die Marlbücher der Vormärz-Bibliothek veranstalteten Ausgabe von Kriegsschilderungen und Kriegsgeschichten ist soeben, noch rechtzeitig für den Weihnachtsverlauf, erschienen. Der erste Band gab eine Auswahl aus den Darstellungen der letzten Kriegsperiode, der zweite Band betrifft die Zeit der weltpolitischen Kriege, also die Gegenwart, und auch sein Inhalt ist aus dem Besten genommen, das über den Krieg und seine Menschen geschrieben wurde. Der Wert dieser Sammlung besteht darin, dass sie sich aus Stücken aufbaut, denen der Stempel des Erlebnisses aufgedrückt ist. Der Vormärz-Verlag hat das Ziel erreicht, ein Mittel zu schaffen, mit dem sich die Schundliteratur wirksam bekämpfen lässt. Dieses Ziel ist in der Tat nur so zu erreichen, dass man Autoren zur Mitwirkung heranzieht, die sich in dem ungeheuerlichen Kriegsstadl als starke Charaktere bewähren. Es wäre zu wünschen, dass die beiden Bände „Zugen im Kriege“ weite Verbereitung finden. Der erste Band ist 160 Seiten stark, der zweite 192 Seiten. Jeder Band ist einzeln läufig und kostet gut gebunden 1 Mark.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Löbeck.

Inferate

finden durch den „Sächsischen Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Sächsischen Volksboten“



Albukett zum Gouroufin
Rapportkett zum (für den Erfolg) koffinlos.

Bekanntmachung betreffend die Höchstpreise für Wild.

Auf Grund der §§ 1 und 4 der Bundesratsverordnung über die Regelung der Fisch- und Wildpreise vom 28. Oktober 1915 in Verbindung mit der Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers über die Festsetzung der Preise für Wild vom 22. November 1915 sind hier folgende Höchstpreise für Wild festgesetzt:

I.
Der Preis für Wild darf beim ersten Verkauf für beste Ware folgende Höhe nicht überschreiten:
bei Rot- u. Damwild für 0,5 Kilogramm mit Decke M. 0,60
bei Rehwild 0,5 0,70
bei Wildschweinen 0,5 0,55
bei Hirschen für das Stück mit Fell (Balz) 3,75
bei Kaninchen 1,00
bei Hasenohrenhähnen für das Stück mit Federn 2,50
bei Hasenohrenhähnen 1,75

Diese Preise gelten nicht für den Verkauf an den Verbraucher, soweit er nicht Mengen von mehr als zehn Kilogramm zum Gegenstand hat.

II.
Bei der Abgabe im Kleinhandel an den Verbraucher dürfen für beste Ware folgende Preise nicht überschritten werden:

bei 1. Rotwild
für Rüden M. 1,40 für 0,5 kg
Küken 1,40 0,5 kg
Blätter 0,90 0,5 kg
Schwefel 0,40 0,5 kg
bei 2. Damwild
für Rüden M. 1,40 für 0,5 kg
Küken 1,40 0,5 kg
Blätter 0,90 0,5 kg
Schwefel 0,40 0,5 kg
bei 3. Rehwild
für Rüden M. 1,80 für 0,5 kg
Küken 1,80 0,5 kg
Blätter 1,00 0,5 kg
Schwefel 0,50 0,5 kg
bei 4. Wildschwein
für Rüden M. 1,10 für 0,5 kg
mit Fell 5,00 für 1 Stück abgepreist 4,50 1

bei 6. Kaninchen
mit Fell M. 1,50 für 1 Stück abgepreist 1,50 1

bei 7. Hasen
für Hähne M. 3,50 für 1 Stück
Hennen 2,50 1

25. Dezember, den 20. Dezember 1915.

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.
In geheimer Beratung wird hiermit erneutlich bestätigt, dass Gesetz für weiche Schäfte reizgezeigt sind, sowie Zwischenregel § 1 der Bundesratsverordnung über die Regelung der Preise für Gemüse und Obst vom 11. November 1915 nicht mehr Gültigkeit verlieren dürfe.
Löbeck, den 20. Dezember 1915.

Das Polizeiamt.

Jugendschriften :: Gesellschaftsspiele aller Art

empfiehlt als passende Weihnachtsgeschenke

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Das Polizeiamt.